0,148% = CO_2

Anteil der Schweiz am Welt-CO_2. Mit 20% "Reduktionsziel" wären wir dann bei 0,118%. Und dafür Hunderte Millionen CHF an neuen Steuern und Abgaben? Sind wir denn total gaga? Bei der Jahrhundertlüge Waldsterben rastete nur die Schweiz aus, bei der CO_2-Lüge nun immerhin die *classe politique* der EU. Die hat offenbar keine anderen Probleme. Lassen wir uns nicht wieder zum Narren halten! Alle wollen nur an unser Geld. Daher: NEIN zur CO_2-Lüge!

BÜRGER-AKTION

Bürgeraktion, 8700 Küsnacht
PC 87-16415-6
Dr. Michael E. Dreher, Ex-NR

FREITAG, 3. FEBRUAR 2012 NR. 5 54. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER SVP

Die Vor- und Nachteile einer Regierungsbeteiligung der SVP für das Land

Die Delegierten der SVP haben entschieden. Die SVP bleibt mit Ueli Maurer im Bundesrat. Der Gang in die Opposition wurde am letzten Samstag klar abgelehnt. Der neue Fraktionspräsident Adrian Amstutz erklärte in seiner Ansprache, dass die SVP auch in Zukunft verpflichtet ist, Widerstand gegen Fehlentwicklungen zu leisten.

NATIONALRAT
ADRIAN AMSTUTZ
FRAKTIONSPRÄS. SVP
SIGRISWIL BE

SVP – die Partei für die Schweiz, so der Titel unseres Parteiprogramms. Der erste Absatz des Programms lautet: «Wer die SVP wählt, soll wissen, woran er ist. Die SVP spricht Klartext und steuert einen klaren, verlässlichen Kurs. Die von Ihnen gewählten Vertreter in den Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden boten in der Vergangenheit Gewähr, dass sie ihre Versprechen konsequent umsetzen. Genauso werden sie es in Zukunft halten und sich daran messen lassen.»

Das Wohl von Land und Leuten ist Richtschnur für die Politik der SVP.

Genau so soll und muss es sein. Das Wohl von Land und Leuten ist Richtschnur für mein politisches Handeln, es ist aber insbesondere auch Richtschnur für das politische Handeln der SVP. Die Politik, aber auch die Schulen, die Banken, die SBB, die Post, die Medien und viele weitere «Institutionen» haben in den letzten Jahren an Vertrauen verloren. Die grossen Schlagwörter unserer Zeit sind «Transparenz» und «Offenheit». Dies ist auch richtig so, aber keine Beziehung, auch nicht die Beziehung zwischen dem Staat und dem Bürger, funktioniert ohne Vertrauen. Vertrauen darauf, dass der andere auch das tut, was er gesagt und versprochen hat. Die Bundesverfassung drückt es in Artikel 5 Absatz 3 wie folgt aus: «Staatliche Organe und Private handeln nach Treu und Glauben.» Wir müssen in unserem Land zurückkehren zu diesem Prinzip und dieses vorleben – auf allen Ebenen. Hierfür braucht es nicht neue Gesetze, neue Reglemente und zusätzliche Bürokratie, sondern Menschen, die auf allen Stufen Verantwortung übernehmen und diese auch leben.

Unmissverständliche Zielsetzungen

Die SVP ist eine Partei und sie ist damit «parteiisch». Sie nimmt aus ihrer konservativ-liberalen Optik einen Standpunkt ein und steht für folgende Zielsetzungen:

- die SVP will unabhängig bleiben, will keine weitere Anbindung an die EU,
- die SVP steht für den Schweizer Rechtsstaat ein und will dem Druck aus der EU, den USA oder anderen starken politischen Mächten trotzen,
- die SVP steht für einen schlanken Staat, der den Werk- und Finanzplatz Schweiz attraktiv und konkurrenzfähig gestalten will,
- die SVP steht für eine tiefe Belastung durch Steuern, Abgaben und Gebühren, damit den Bürgern mehr zum Leben und den Unternehmen mehr für zukunftsträchtige Investitionen zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze bleibt,
- die SVP will eine sichere, genügende, bezahlbare und heimische Energieversorgung und nicht einfach das Abstellen der Atomkraftwerke ohne taugliche Alternativen,
- die SVP bekennt sich zu den bilateralen Verträgen, verlangt aber, dass die Schweiz die Einwanderung wieder eigenständig steuern kann,
- die SVP verlangt eine Beschleunigung der Asylverfahren und ein konsequentes Vorgehen gegen Missbräuche im Asylwesen,
- die SVP setzt sich für die Sicherung unserer Sozialwerke ein, denn verschuldete Sozialwerke haben zur Folge, dass unsere Generation auf Kosten unserer Kinder lebt.

Diese Zielsetzungen unterscheiden uns von allen anderen Parteien in der Schweiz. Natürlich gibt es gewisse Überschneidungen mit den bürgerlichen Parteien der Mitte. Wir arbeiten deshalb auch im Parlament, in den Kommissionen und bei Abstimmungsvorlagen oft gut mit diesen Partnern zusammen. Aber natürlich gilt es, für unsere Interessen einzustehen und den Kompromiss erst am Schluss einzugehen. Trotzdem muss hier mit aller Deutlichkeit gesagt sein, dass die ausgestreckte Hand der SVP, z.B. bei den zurückliegenden Bundesratswahlen, aber auch bei den Listenverbindungen für die Nationalratswahlen oder der Zusammenarbeit bei den Ständeratswahlen, von den anderen Parteien immer wieder zurückgewiesen wurde. So hat zum Beispiel die FDP mit ihrem NEIN zu Listenverbindungen mit der SVP – einzige Ausnahme war der Kanton Waadt – bei den Nationalratswahlen vier bürgerliche Sitzgewinne in den Kantonen Bern, St. Gallen, Graubünden und Wallis verhindert. Diese Sitzgewinne wären auf Kosten je eines Sitzes von SP, Grünen, glp und CVP gegangen. Dies muss ändern. Die linke Seite hat keine Bedenken, Listenverbindungen einzugehen. So haben z.B. die Listenverbindungen mit der PdA und den Alternativen Listen in den Kantonen Bern, Waadt und Genf Sitzgewinne für die Linke ermöglicht. Diese Sitze wären sonst der SVP und der FDP zugefallen. Hier tragen beide Parteien gemeinsam eine Verantwortung für die Zukunft.

Wir müssen stets die Sache in den Vordergrund stellen.

Wir müssen von der SVP stets die Sache in den Vordergrund stellen. Deshalb fällt es mir heute leicht, hier zu stehen als neuer Präsident der Fraktion und Sie zu bitten, dass wir als SVP unsere Grundsätze und Zielsetzungen beibehalten. Dass wir als Partei auch weiterhin das aufdecken, was nicht gut läuft in unserem Staat. Dies ist unsere Aufgabe. Über die Art und Weise, wie wir dies tun werden und tun sollen, darüber können wir streiten, aber nicht über das Ob. Wir müssen das Möglichste tun, um unsere politischen Ziele zu erreichen, und zwar nicht für uns als Politikerinnen und Politiker, sondern für unsere Wählerinnen und Wähler, die uns einen klaren Auftrag gegeben haben.

Es ist alles daranzusetzen, Freiheit und Eigenveranwortung in unserem Land zu stärken.

Die Bundeshausfraktion hat sich einstimmig (bei einer Enthaltung) dafür ausgesprochen, dass die SVP mit Bundesrat Ueli Maurer im Bundesrat verbleibt. Wir haben so klar mehr Möglichkeiten, in unserem Sinne Einfluss zu nehmen. Wir können damit zwar im Bundesrat nur die halbe Repräsentation unserer 26,6 Prozent Wähleranteile einbringen, aber wir bringen wenigstens eine Stimme ein, die sich ohne Wenn und Aber für unsere Ziele einsetzt. Dies entbindet uns hingegen nicht, Widerstand gegen Fehlentwicklungen zu leisten. Ganz im Gegenteil. Wir wurden von der politischen Mehrheit im Parlament bewusst in die Minderheit versetzt und nicht voll in die Regierung eingebunden. Wir haben damit geradezu die Pflicht, wachsam zu bleiben und wie bisher wenn nötig die Rolle der «Opposition» zu übernehmen. Der Antrag für ein JA zum Verbleib in der Regierung ist deshalb auch ein Antrag für ein JA zum Widerstand.

Für uns als Fraktion und als Partei bedeutet dies, dass wir noch viel mehr arbeiten müssen als bisher. Es bedeutet, dass wir in den Kommissionen die Geschäfte noch vertiefter und vorausschauender behandeln müssen und im Parlament verstärkt nach Partnern suchen müssen, um unsere Positionen durchzusetzen. Wo wir die Ziele nicht erreichen, haben wir diese auch mithilfe der direktdemokratischen Mittel durchzubringen, sei es mit Referenden oder Volksinitiativen, wie wir es bei der Ausschaffungsinitiative gemacht haben und wie wir es bei den Steuerabzügen für Familien oder bei der Steuerung der Zuwanderung für diese Legislatur bereits aufgegleist haben.

Unser Auftrag

Es gilt für uns als Partei, die grossen Herausforderungen für unser Land, die Sorgen und Probleme der Bevölkerung konsequent anzugehen. Das bedingt seriöse Grundlagenarbeit, d.h. der Analyse ist grösstes Gewicht zu schenken auf allen Ebenen der Politik in unserem Land. Das bedeutet auch, dass wir uns seriös mit der Sache auseinandersetzen müssen.

Ich bitte Sie, tun Sie alles, was in Ihrer Macht steht, um unseren politischen Zielen zum Durchbruch zu verhelfen, in Ihrer Gemeinde, in Ihrem Bezirk, in Ihrem Kanton und wir setzen alles daran, dies auf Bundesebene zu tun. Lassen Sie uns wo nötig den konstruktiven «Widerstand» zur Durchsetzung der Zielsetzungen viel Schweiss und Arbeit kosten. Ich kann Ihnen darum als neuer Fraktionspräsident keine bequeme Kutschenfahrt an einen fertig gedeckten Tisch versprechen. Wir stehen gemeinsam vielmehr vor einer anspruchsvollen Bergtour, wo Ausdauer, Beharrlichkeit und Durchhaltewille gefordert sind und wo als Belohnung letztlich eine bessere Aussicht für die Zukunft unseres Landes genügen muss.

Über die Form, wie wir diesen Zielsetzungen zum Durchbruch verhelfen, können wir von Mal zu Mal entscheiden, da gibt es verschiedene Wege, aber lassen Sie uns zum Wohl von Land und Leuten alles daransetzen, dass wir die Freiheit und Eigenverantwortung in unserem Land stärken. Dies ist unser Auftrag, heute und morgen.

Fotovoltaik

Jetzt Offerte einholen

- günstiger dank Grosseinkauf über den Maschinenring
- Kostenlose Beratung
- Montage und Unterhalt vom Maschinenring

Maschinenring
Maschinenring Zürich, Neuwiesenstrasse 5
8630 Rüti, T: 055 251 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring-zh.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a · 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00 · Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch

MÖBEL ALLER ART

Wir fertigen jegliche Möbel nach Ihren Bedürfnissen in unserer Werkstatt in Mönchaltorf.

Kompetent ...

ZBV Versicherungen
Im Dienste der Zürcher Landwirtschaft
Tel. 044 217 77 50
www.zbv.ch

SBV Versicherungen
USP Assurances
AGRISANO

NEU:
airflow
Das Bett, das atmet.

Das airflow Prinzip leitet die Feuchtigkeit schnell durch die vertikalen Luftkanäle ab.

happysystems

ZOLLINGER + CO AG
Hardhofstrasse 15, 8424 Embrach
Telefon: 044 869 10 75
www.rafzerfeld.com

IHR PARTNER FÜR GUTE MALERARBEITEN

Ernst Rösli Zollikerberg
Telefon 044 391 70 88
Mobile 079 217 99 09
roesli@swissonline.ch

Die Rückkehr der gepuderten Zöpfe

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Im Ancien Régime galten die staatlichen Institutionen als geheiligt. Sie waren darum unantastbar. Wer das beseligende Wirken der gottgegebenen Behörden anzweifelte, wurde eingekerkert, gefoltert und enthauptet. Grösstmögliche Heimlichkeit umgab sämtliche Staatsgeschäfte. Die Gnädigen Herren hassten nichts mehr als Transparenz, Kritik oder Reformvorschläge. Noch der Schweizer Bundesvertrag von 1815 hatte Ewigkeitsanspruch und kannte keine Revisionsklausel. Darum mussten sich die unterdrückten Untertanen mit Revolutionen von ihren Ketten befreien.

Wer heute gewisse Ansichten über unsere Institutionen vernimmt, staunt über die Rückkehr der alten gepuderten Zöpfe. Kashya Hildebrand, Gattin des gestolperten Nationalbank-Präsidenten, weiss hinter sich und ihrem Mann den lieben Gott höchstselbst. Johann Schneider-Ammann äussert sich landesväterlich schockiert über den Schock, den die «Institution Nationalbank» erleide. Der staatstragende Kolumnist des «Magazins» entsetzt sich über den «Angriff auf die Institution». Und der Basler Staatsrechtsprofessor René Rhinow jammert: «Die Institutionen dürfen nicht in Misskredit gebracht werden.» Diese Bewahrer einer heiligen Ordnung haben irgendwie das Zeitalter der Aufklärung verpasst. Kritik ist nämlich in einer funktionierenden Demokratie nicht nur erlaubt, sondern erwünscht und zwingend notwendig. Unsere Institutionen waren noch nie gefährdet durch kritische Stimmen von aussen. Sondern durch Versagen, Unfähigkeit und Amtsmissbrauch im Innern.

Nicht die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) konnte die Institution Armee schädigen. Das taten Samuel Schmid, Christophe Keckeis, Roland Nef und Konsorten umso gründlicher. Nicht Mörgeli war schuld an der Destabilisierung der Bundesanwaltschaft. Sondern die Bundesanwälte Roschacher und Beyeler, die ausländische Drogenkriminelle auf unbescholtene Bürger ansetzten. Nicht Blocher verantwortet das Beben an der Nationalbank-Spitze. Sondern Philipp Hildebrand, der sich statt als nationaler Währungshüter als Privatbankier für die eigene Tasche gebärdete. Wer wie der aktuelle Bundesrat den Schmutz in den Institutionen zudeckt, schadet den Institutionen. Wer diesen Schmutz – wie eine gewisse «nationalkonservative» Partei – anprangert und aufdeckt, rettet die Institutionen.

STEUERSTREIT MIT DEN USA

Die Schweiz darf sich nicht erpressen lassen

Auf Druck der USA hat die Schweiz per Notrecht Bankkundendaten ausgehändigt. Eins steht fest, der Bankenplatz Schweiz wurde ein weiteres Mal geschwächt.

SILVIA BÄR
STV. GENERALSEKR.
SVP SCHWEIZ

Der sogenannte Steuerstreit – richtigerweise müsste man wohl von einem Wirtschaftskrieg mit den USA sprechen – nimmt immer bedrohlichere Züge an. Die Schweiz liess sich im Fall UBS erpressen und hat per Notrecht Bankkundendaten an die USA geliefert. Seither hat der Bundesrat durch sein passives und duckmäuserisches Verhalten unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass er bereit ist, in ähnlich gelagerten Fällen erneut nachzugeben, wo nötig gar schweizerisches Recht zu brechen. Diese Signale waren verheerend. Insbesondere gegenüber einem Staat wie den USA, wo Macht und die sogenannte Moral – hinter denen sich Politiker so gerne verstecken – oftmals wichtiger scheinen als Rechtsstaatlichkeit.

Zum Abschuss freigegeben

Das schweizerische Bankkundengeheimnis wurde zum wiederholten Mal geschwächt, während vonseiten des Bundesrates eine bedenkliche Geringschätzung gegenüber dem Rechtsstaat zum Ausdruck kam. Die USA haben seit dem Fall UBS weitere Schweizer Banken ins offene Visier genommen, Munition geladen und schliesslich die Bank Wegelin zum Abschuss freigegeben.

Ein Wirtschaftskrieg

Die Schweiz und damit die Verhandlungsdelegation des Bundesrates hat nun endlich vehement auf die Rechtsstaatlichkeit pochend hinzustehen. Dem Kleinstaat Schweiz bleibt nur das Recht und dieses hat er in aller Deutlichkeit einzufordern, auch gegenüber den USA.

Den Erpressungen ist Widerstand zu leisten. Wenn die Nachrichten von dieser Woche stimmen, dann hat der Bundesrat wiederum Daten, dieses Mal den E-Mailverkehr von Mitarbeitern der CS, weitergeben. Wiederum ohne ein konkretes Gegengeschäft in der Hand zu haben. Die Schweiz hat sich in der Auseinandersetzung mit den USA zu verhalten wie in einem Wirtschaftskrieg, in dem man alle Register zieht, im Wissen, dass der Gegner dasselbe tut. Das Ziel ist klar, wir müssen die Amerikaner dazu bringen, dass sie konstruktiv an einer Lösung, auch innerhalb ihrer Regierung, arbeiten, dass eine verlässliche Gesamtlösung zustande kommt, die mehr wert ist, als das Papier, auf welchem sie geschrieben steht.

Es geht um Eigeninteressen

Der Bundesrat hat endlich Klartext zu sprechen in Bezug auf die Heuchelei der US-Amerikaner, die angeblich Steuervergehen ahnden, dies jedoch nur in der Schweiz, während andere Finanzplätze gar nicht oder höchstens mit Samthandschuhen angefasst werden. Völlig unbehelligt bleibt auch das Verhalten der Amerikaner im eigenen Land.

Nicht nur kann jede Person eine anonyme Firmenregistrierung in Delaware vornehmen lassen, auch bleiben alle Gelder in Miami oder New York – wohl zu einem grossen Teil aus Südamerika stammende Vermögenswerte – völlig unbehelligt. Aus diesen Gründen fliessen viele Gelder zurück in die USA, weil mittlerweile zahlreiche Kunden der Auffassung sind, dass sie auf dem US-amerikanischen Finanzplatz nicht weiter unter die Lupe genommen werden. Dies war wohl von Anfang an das erklärte Ziel der Amerikaner, mit Moral oder Steuersündern hat dies wenig zu tun, viel mehr mit der Stärkung des hauseigenen Bank- und Finanzplatzes.

Schützt die Schweizer Banken

Es gilt nun hart zu verhandeln, Lösungsansätze und Verhandlungspositionen zu festigen, wie z.B. mit der von Professor Janssen eingebrachten Idee eines Schutzschildes für die angeklagten Banken zur Aufrechterhaltung ihrer «operationellen Handlungsfähigkeit». Der Bundesrat, die Nationalbank, die Finanzmarktaufsicht und andere involvierte Behörden in der Schweiz haben die Interessen des Schweizer Finanzplatzes zu verteidigen und müssen das auch gegenüber den US-Amerikanern unmissverständlich klar machen, dass sie die Schweizer Banken ohne Wenn und Aber schützen.

«GEKRÖPFTEN» NORDANFLUG VERHINDERN

Deutscher Knebelungsvertrag für die Schweiz

Bundesrätin Doris Leuthard hat sich von der deutschen Regierung über den Tisch ziehen lassen, ohne eine Gegenleistung zu erhalten. Sie hat im Voraus für die Schweiz zugestanden, noch mehr Fluglärm über dicht besiedelten Gebieten zu akzeptieren. Dagegen sollen die schwächer besiedelten deutschen Gebiete, die zudem stark lärmmindernd höher überflogen werden, weniger Überflüge erhalten.

Bei einer einseitigen Verordnung Deutschlands über eine tiefere Zahl von Flugzeugen würde es in der Schweiz und auch international eher akzeptiert, dass die Schweiz eine taugliche Notlösung wie den «gekröpften» Nordanflug einführen würde. Die Elektronik und die virtuelle Führung der Flugzeuge haben in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte gemacht und man könnte leicht etwa 1 km vor der Grenze entlang den Flughafen Kloten mit einem Rechtsbogen anfliegen. Wegen der noch grösseren Höhe wäre der Fluglärm am Boden kaum wahrnehmbar. Selbstverständlich dürfte Deutschland die Flugzeuge büssen, die sich nicht an die genaue Route hielten. Die überwiegende Mehrheit von Flugzeugen aus dem Norden sind sowieso deutsche Flugzeuge (Lufthansa, Swiss usw.), da sollte das Büssen durch die deutsche Regierung kein Problem sein.

Anflugstreit für mehr Standortvorteile Deutschlands

Leider geht es Deutschland weniger um den in Deutschland noch geringeren Fluglärm, sondern mehr darum, die Schweiz wirtschaftlich zu drangsalieren, damit wegen schlechterer Flugverbindungen in der Schweiz Deutschland zu mehr Standortvorteilen kommen sollte. Bei den deutschen Flughäfen wie Frankfurt am Main ist für deutsche Bürger ein wesentlich höherer Lärm zumutbar und die dortigen Bürger können von der extrem tiefen Lärmbelästigung an der Schweizer Grenze nur träumen.

Deutscher Lärm in die Schweiz exportieren

Will Deutschland eigenen Lärm in die Schweiz exportieren, dann wird dies in einem Muskelspiel durchgedrückt. So wurde ein Naturschutzgebiet bei Riehen zubetoniert, damit Deutschland seinen Autolärm über Schweizer Gebiet leiten konnte. Oder über die Tourismusgebiete am südlichen Bodensee sendet die deutsche Bundesbahn nachts lärmige Güterzüge, angeblich weil die deutsche Linie nicht elektrifiziert sei, in Wirklichkeit aber um die deutschen Gebiete von lärmigen deutschen Güterzügen zu schonen. Die Schweiz hat keinen Mut, gegenüber dem deutschen Verkehr umzuklassieren oder einschränkende Vorschriften zu erlassen, wie Deutschland dies bei der Strassenverbindung Rafzerfeld-Schaffhausen tat, um die Schweizer Lastwagenfahrer mit Aushub zu grossen Umwegen zu zwingen. Die Schweiz soll Rücksicht auf die bilateralen Verträge nehmen, Deutschland tut es in solchen Fällen nicht.

BOTSCHAFT ZUR AGRARPOLITIK 2014–2017

Die produzierende Landwirtschaft ist zu stärken

Der Bundesrat hat diese Woche die Botschaft zur Agrarpolitik 2014–2017 verabschiedet. Die Vorlage weist nach wie vor in wesentlichen Punkten Unzulänglichkeiten auf. So gibt es immer noch zu wenig Anreize für Bauernbetriebe, bei welchen die klassische Nahrungsmittelproduktion im Vordergrund steht.

SVP. Aus Sicht der SVP steht die Ernährungssouveränität durch eine produzierende einheimische Landwirtschaft neben der dezentralen Besiedelung im Vordergrund der schweizerischen Landwirtschaftspolitik. Der viel zu tiefe Selbstversorgungsgrad der Schweiz ist zu erhöhen. Deshalb begrüsst die SVP die Verankerung der Ernährungssouveränität in den Zweckartikel des Landwirtschaftsgesetzes. Darauf basierend sind aber Instrumente zu unterstützen, die durch Selbsthilfemassnahmen der Produzenten eine Verbesserung der teils katastrophalen Preissituation ermöglichen. Die einschränkenden gesetzlichen Vorgaben zur Erteilung der Allgemeinverbindlichkeit für solche Massnahmen durch den Bundesrat sind aufzuheben.

Aus diesem Grund sprach sich die SVP auch bereits in der Vernehmlassung zur Agrarpolitik 2014–2017 dafür aus, die einheimische produzierende Landwirtschaft zu stärken, anstatt eine staatlich geförderte Extensivierung der Landwirtschaft voranzutreiben. Die Ökologie und die Nachhaltigkeit stehen zu sehr im Zentrum der bundesrätlichen Ausgestaltung der Agrarpolitik, zulasten der produzierenden Landwirtschaft. Es ist entsprechend ein falsches Signal, das Tierwohl explizit als weiteres Ziel im Zweckartikel des Landwirtschaftsgesetzes zu verankern. Es ist unbestritten, dass hohe Standards in Sachen Tierwohl, Boden- und Landschaftsqualität, Biodiversität etc. wichtig sind. In diesen Bereichen befindet sich die Schweiz jedoch ohnehin bereits seit geraumer Zeit unter den weltweiten Spitzenreitern, daher müssen diese auch nicht weiter ausgebaut werden.

Die SVP wehrt sich aber gegen die Aufhebung der Abstufung der Direktzahlungen nach Fläche und Tierzahl, denn dies schwächt einmal mehr die produzierende Landwirtschaft und damit gerät auch das bäuerliche Einkommen zusätzlich unter Druck.

Einkommenssituation verbessern

Der weitere Ausbau der Auskunftspflicht wird von der SVP abgelehnt. Bereits heute ist es Tatsache, dass unsere Bauern jederzeit mit Kontrollen von Funktionären, welche oftmals keinen eigentlichen bäuerlichen Hintergrund haben, rechnen müssen und diesen Ausweise, Bescheinigungen und sonstige Dokumente auszuhändigen haben, Zutritt zu Hof und Stall gewähren müssen etc. Bereits heute ist also in der Schweiz der «gläserne Bauer» Tatsache. Eine weitere Ausweitung der behördlichen Kompetenzen ist daher überflüssig. Ebenso unnötig ist die Einführung einer Behördenbeschwerde für das Bundesamt für Landwirtschaft. Eine unabhängige Gerichtsinstanz soll für die Beanspruchung von Fruchtfolgeflächen die «korrekte» Interessenabwägung überprüfen können.

Die SVP wird sich im Rahmen der parlamentarischen Beratungen insbesondere für die produzierende Landwirtschaft und damit für eine Verbesserung der bäuerlichen Einkommenssituation einsetzen. Die Produktivität ist zu steigern und ein Agrarfreihandelsabkommen, sowohl mit der EU als auch auf Stufe WTO, ist definitiv auszuschliessen.

Öffentliche Veranstaltung

Bürgerrechtsgesetz

Montag, 6. Februar 2012, 20.00 Uhr
Restaurant Hirschen Hinwil

Moderation: Christian Müller,
Chefredaktor Zürcher Oberländer

Mit:

- **Gregor Rutz**, Kantonsrat SVP
- **Patrick Hächler**, Kantonsrat CVP
- **Max Homberger**, Kantonsrat Grüne

Eine Veranstaltung der: SVP CVP GRÜNE

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Finanzplan für die Jahre 2013 bis 2016

Diese Woche debattierte der Kantonsrat über 18 Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) für die Jahre 2013 bis 2016. Nach langen Beratungen konnten drei Erklärungen überwiesen werden, diese sind allerdings für den Regierungsrat nicht zwingend.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Von den 18 Erklärungen zum KEF wurden deren 8 von der SVP-Fraktion eingereicht, davon fanden zwei eine Mehrheit im Kantonsrat. Die dritte Erklärung, die eine Mehrheit fand, wurde von der Kommission für Planung und Bau eingereicht. Dank der SVP-Fraktion konnten 6 Erklärungen mit massiven Kostenfolgen für den Kanton abgewendet werden. Somit darf die SVP-Fraktion eine erfreuliche Bilanz aus der KEF-Debatte ziehen. Einzig die Unverbindlichkeit der Erklärungen bleibt ein Problem. Kann oder will der Regierungsrat die Erklärungen nicht umsetzen, so hat er dies innert dreier Monate schriftlich zu begründen. Hier eine Auswahl der wichtigsten Anträge:

Lorenz Habicher (SVP, Zürich) forderte mit seiner Erklärung zum KEF, eine Reduktion des Personalaufwands innerhalb der Leistungsgruppe Regierungsrat und Staatskanzlei sowie bei den Generalsekretariaten aller Direktionen in der KEF-Periode um 1,05 Mio. Franken mittels Aufhebung von sieben Stellen im Bereich Kommunikation. Dies da die verschiedenen Abteilungen für Kommunikation überdotiert sind und ineffizient arbeiten. Um den Stellenabbau zu erreichen, ist der natürlichen Fluktuation entsprechend Rechnung zu tragen. Der Kantonsrat überwies diese Erklärung mit 117 zu 49 Stimmen.

René Isler (SVP, Winterthur) forderte mit seiner KEF-Erklärung, den Saldo der kantonalen Fachstelle für Integration ab dem Jahr 2012 und für die folgenden Jahre auf 1,8 Mio. Franken zu beschränken bzw. einen weiteren Ausbau der Personal- und Sachkosten zu unterbinden. Der Aufwand und der Beschäftigungsumfang der Fachstelle für Integration werden gemäss KEF in den kommenden Jahren kontinuierlich steigen. Angesichts der schwierigen Finanzlage des Kantons sowie nach der deutlichen Ablehnung des Integrationsgesetzes durch den Kantonsrat ist es angebracht, der Fachstelle eine Plafonierung aufzuerlegen. Der Kantonsrat überwies diese Erklärung mit 107 zu 59 Stimmen.

Martin Zuber (SVP, Waltalingen) forderte die Reduktion des Personalaufwands innerhalb der Leistungsgruppe Gemeindeamt, Abteilung Revisionsdienste, um 1,5 Mio. Franken. Die Gemeinden im Kanton Zürich sind frei, anstelle der Rechnungsprüfungskommission die technische Rechnungsprüfung durch externe Fachleute oder durch das Gemeindeamt (Abteilung Revisionsdienste) vornehmen zu lassen. Private Anbieter können dabei aber nicht mit denselben langen Spiessen offerieren, weil staatliche Organe untereinander keine Mehrwertsteuer zahlen. Um der damit verbundenen Wettbewerbsverzerrung entgegenzutreten, soll der Personalbestand der Abteilung Revisionsdienste des Gemeindeamtes auf dem Stand 31. Dezember 2005 (15 Vollstellen) plafoniert werden. Ein Kostendeckungsgrad (unter Einbezug einer Vollkostenrechnung) von 110 Prozent muss zwingend erreicht werden. Wird dieser Kostendeckungsgrad bis 31. Dezember 2013 nicht erreicht, soll die Abteilung Revisionsdienste des Gemeindeamtes liquidiert werden. Der Kantonsrat lehnte die Überweisung dieser Erklärung mit 95 zu 74 Stimmen ab.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon) forderte, dass die Personal- und Sachkosten bzw. deren Aufwand innerhalb der Leistungsgruppe «Opernhaus» um 5 Prozent reduziert werden. Auch das Kulturbudget muss, im Hinblick auf die schwieriger werdenden wirtschaftlichen Bedingungen, einen Anteil zur Aufwandreduktion beitragen. Da es darum geht, nicht anderen Kulturhäusern Kürzungen aufzuerlegen, ist es sinnvoll, wenn der grösste Posten gezielt gekürzt wird. Der Kantonsrat lehnte die Überweisung dieser Erklärung mit 90 zu 80 Stimmen ab.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht) forderte, dass aus den jährlichen Subventionen des Lotteriefonds von 1,5 Mio. Franken an private Organisationen keine Beiträge mehr an das Zürcher Filmfestival geleistet werden. Bis 2015 sollen generell keine weiteren Beiträge und Subventionen – in welcher Art und Form auch immer – an das Zürcher Filmfestival ausbezahlt werden. Dies, da das Zürcher Filmfestival im Jahre 2011 einen prominenten ausländischen Sponsor gewinnen konnte und im Gegensatz zu anderen vergleichbaren Veranstaltern nicht mehr existenziell auf die Subventionen des Kantons angewiesen ist. Der Kantonsrat lehnte die Überweisung dieser Erklärung mit 111 zu 58 Stimmen ab.

Arnold Suter (SVP, Kilchberg) forderte eine Aufwandplafonierung im KEF auf dem Niveau des Budgets 2012. Ab 2015 darf der Aufwand um maximal die Teuerung steigen. Der Kantonsrat lehnte die Überweisung dieser Erklärung mit 92 zu 71 Stimmen ab.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich) forderte, dass das Beurteilungsvolumen der Sanierungsprojekte von Bushaltestellen an Staatsstrassen im Kanton Zürich in dieser KEF-Periode so zu budgetieren sind, dass pro Jahr je 100 000 Franken ausreichen. Klare Kriterien zu dieser Priorisierung und der Reduktion des Beurteilungsvolumens sind den Gemeinden mitzuteilen. Der Kantonsrat lehnte die Überweisung dieser Erklärung mit 112 zu 57 Stimmen ab.

Hans-Heinrich Heusser (SVP, Seegräben) forderte, dass der Aufwand des Natur- und Heimatschutzfonds für die Jahre 2013 bis 2015 so zu budgetieren sind, dass ein ausgeglichener Saldo bei der Erfolgsrechnung ausgewiesen werden kann. Dies bei einer gegenüber dem Jahr 2012 unveränderten jährlichen Fondseinlage seitens des Kantons von 18 Mio. Franken. Auf eine Erhöhung der Fondseinlage im Jahre 2014 auf 20 Mio. Franken und im Jahre 2015 auf 22 Mio. Franken ist demnach zu verzichten. Der Kantonsrat lehnte die Überweisung dieser Erklärung mit 111 zu 52 Stimmen ab.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… ein Postulat betreffend Begleitgruppe für den neuen Finanzausgleich als dringlich erklärt. ☺

… über die Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2012 bis 2016 beschlossen. 😐

30. Januar 2012

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Trübe KEF-Debatte

RENÉ ISLER
SVP-KANTONSRAT
WINTERTHUR

Was sich bei der nicht erspriesslichen Debatte rund um das «Budget 2012» im Kantonsrat letzten Dezember abgezeichnet hatte, musste auch für die Debatte um den «Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan» (KEF), also die mittelfristige Finanzplanung des Kantons Zürich befürchtet werden. Und es kam dann auch wirklich so. Was bereits Fraktionspräsident Hans Frei während der Budgetdebatte verkündet hatte, traf auch dieses Mal zu. Wo vor allem vonseiten des Regierungsrates kein Wille ist, kann auch kein sinnvoller Weg beschritten werden. Zur Veranschaulichung muss hier ausdrücklich erwähnt werden, dass die Finanzdirektorin es sich zu Beginn der Morgensitzung nicht nehmen liess, alle ihre Regierungskolleginnen und -kollegen ins Ratshaus zu bestellen, um dann dem gesamten Kantonsrat und sämtlichen Medienschaffenden zu verkünden, dass sie, Frau Regierungsrätin Gut, im Namen des Regierungsrates die anstehenden 18 KEF-Anträge nicht wirklich als sinnvoll ansehe und deshalb deren Umsetzungen kaum von Belangen seien. Ein solches Verhalten reflektiert nicht im Geringsten die zwingend notwendige finanzpolitische Führungsarbeit innerhalb des Regierungsrates und spottet jeglicher bürgerlichen Politik. So erstaunt es wenig, dass sich vor allem die SVP-Fraktion einmal mehr als einzige verbleibende Hüterin einer vernünftigen Finanzpolitik in Szene setzen konnte, auch wenn die Erfolge aufgrund fehlender Unterstützung der übrigen sogenannten bürgerlichen Parteien bescheiden ausfielen. Erfreulich war, dass gleich zu Beginn der KEF-Debatte mein Antrag, den Saldo der kantonalen Fachstelle für Integration für die folgenden Jahre auf 1,8 Mio. Franken zu beschränken bzw. einen weiteren Ausbau der Personal- und Sachkosten zu unterbinden, eine deutliche Mehrheit im Kantonsrat fand. Anschliessend konnten lediglich die zahlreichen Verschlechterungsvorschläge der Linken mehrheitlich verhindert werden. Wenigstens spielte hier ansatzweise die bürgerliche Allianz. Dass am Schluss dieser für uns unbefriedigenden KEF-Debatte der letzte Antrag von Kollege Lorenz Habicher, welcher die Streichung von sieben Stellen in den Kommunikationsabteilungen der Staatskanzlei und bei den Generalsekretariaten der Direktionen verlangte, noch erfolgreich eingebracht werden konnte, vermag das Gesamtergebnis nicht zu beschönigen, weil unserer Ansicht nach viel zu wenig verbessert werden konnte. Dieses trübe Ergebnis zeigt deutlich auf, dass die ganze Debatte um die Finanzplanung zwingend verbindlicher aufgegleist werden muss!

EINLADUNG

zur Delegiertenversammlung
vom Dienstag, 7. Februar 2012, 20.00 Uhr,
Gemeindesaal in Bonstetten

Vorprogramm (ab 19.30 Uhr, Türöffnung 19.00 Uhr)
– Musikalischer Auftakt durch den Musikverein Bonstetten (Leitung Werner Brawand)
– Begrüssung durch Bruno Steinemann (Gemeindepräsident)

Traktanden
1. Begrüssung / Standortbestimmung *NR Alfred Heer*
2. Budget 2012 *NR Toni Bortoluzzi*
3. Volksabstimmung vom 11. März 2012:
   - 3.1 Kantonales Bürgerrechtsgesetz (KBüG)
     Information: *KR Gregor A. Rutz (SVP, Küsnacht)*
   - 3.2 Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle»
     Pro: *KR Beat Bloch (CSP/Travail.Suisse, Zürich)*
     Contra: *NR Hans Kaufmann (SVP, Wettswil)*
   - 3.3 Volksinitiative «Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen… und zur Finanzierung… (Bauspar-Initiative)»
     Pro: *NR Hans Egloff (SVP, Aesch)*
     Contra: *NR Jacqueline Badran (SP, Zürich)*
   - 3.4 Eidg. Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen»
     Information: *NR Hans Egloff (SVP, Aesch)*
   - 3.5 Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls»
     Information: *NR Jürg Stahl (SVP, Brütten)*
   - 3.6 Bundesgesetz über die Buchpreisbindung (BuPG)
     Information: *KR Anita Borer (SVP, Uster)*
4. Aussprache *NR Alfred Heer*
5. Verschiedenes *NR Alfred Heer*

Mit freundlichen Grüssen
Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich

Der Parteipräsident *Alfred Heer*
Der Sekretär *Dr. Yves Gadient*

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

WIR WERDEN GESCHRÖPFT!

Busseneinnahmen im Kanton Zürich

WERNER KRAUSS
BUBIKON

Bussen dienen der Verkehrssicherheit, sagen diejenigen, die sie eintreiben. Betrachten wir hierzu die amtliche Statistik VUSTA des Kantons Zürich.

	2005	2010
Total Unfälle	13 914	13 999
Sachschaden	10 762	10 965
Personenschaden	3 152	3 034
Todesopfer	47	39

Man findet keinen Unterschied, der einem statistischen Signifikanztest standhalten würde.

Von den 0,66 Mio. im Kanton immatrikulierten PWs sind etliche Zweitfahrzeuge unter Wechselnummer, sodass die gleichzeitig auf den Strassen verkehrende Zahl bei 0,5 Mio. PWs liegen dürfte.

Andererseits hat der Kanton Zürich 0,88 Mio. Erwachsene und 0,15 Mio. Schüler – zusammen 1,03 Mio. potenzielle Verkehrsteilnehmer. Der VVZ transportiert täglich 0,4 Mio. Passagiere, womit die Schätzung von 0,5 Mio. aktiver Autofahrer sehr realistisch ist.

Spitzenreiter Kanton Zürich

Aus den amtlichen Publikationen lassen sich die jährlichen Verkehrsbussen-einnahmen im gesamten Kanton abschätzen.

	Jahr	Mio. Fr.
Stadt Zürich	2010	65
KaPo Zürich	2010	21
Stadt Winterthur	2010	16
Stadt Uster	2010	0,3
Summe	**2010**	**102**

Neben Beispiel Uster gibt es weitere 9 Bezirke in Zürich, die sicher auch noch einige Millionen kassieren. Und das Beispiel macht Schule: Wetzikon stellt in der Gemeinde Gossau hinterlistige Selbstschussanlagen auf und bessert damit die eigene Stadtkasse auf. Verteilt man die Busseneinnahmen der städtischen Kassierer auf die Anzahl der Wohnbevölkerung, ist St. Gallen mit 60 Franken je Einwohner eher zurückhaltend, Zürich mit 160 Franken je Einwohner und Jahr die Schweizer Spitze!

Die Rechnung ist nun einfach gemacht:

100 000 000 Franken Verkehrsbussen jährlich von 0,5 Mio. Autofahrern = 200 Franken je Automobilist und Jahr !!! Oder, den Zürcher Autofahrern wurden von 2005–2010 über 500 Mio. Franken abkassiert, ohne dass auch nur die Spur einer Änderung in der Unfallstatistik zu erkennen ist!

Könnte man hier nicht schon von der «Raffgier einer durchgeknallten Soldateska» sprechen?

Von Bussen gegen gewalttätige Hooligans, Sachbeschädigern, renitenten Asylanten sind keinerlei Angaben zu finden. Es entsteht der Anschein, dass eine Art Klassenjustiz einzig auf Schweizer Bürger mit der Bussenkeule eindrischt; aber da kann man ja auch viel bequemer an Geld kommen.

JAHRESTREFFEN DER SVP BEZIRK ANDELFINGEN

Volkswirtschaftsdirektor zu Gast in Rheinau

Am traditionellen Jahrestreffen der SVP Bezirk Andelfingen stellte Regierungsrat Ernst Stocker in Rheinau engagiert, aber auch mit viel Humor seine umfassende Volkswirtschaftsdirektion vor.

RoMü. Die SVP Bezirk Andelfingen mit ihren amtierenden und ehemaligen Behörden- und Vorstandsmitgliedern pflegt die Tradition, sich jeweils zu Jahresbeginn an einem gemütlichen Anlass zu treffen und sich auszutauschen. Zugleich wird dazu jeweils auch ein Gastredner eingeladen. «Wir dürfen auf ein spannendes und engagiertes Wahljahr zurückblicken, wo mit Konrad Langhart und Martin Zuber auch zwei neue SVP-Kantonsräte gewählt worden sind», hielt Bezirkspräsident Jürg Grau einleitend fest.

«Ich freue mich, mir alt vertraute Gesichter aus meiner ersten Kantonsratszeit wie Hans Farner oder Richard Weilenmann hier an diesem gemütlichen Anlass zu treffen», hielt einleitend der hohe Gast aus Zürich fest. Für ihn sei ein Besuch im Weinland, insbesondere auch als Bauer, immer wieder etwas Besonderes und Beeindruckendes, wenn die vielseitige Landschaft mit vielen Kulturen auf den Feldern sieht. «Das Weinland ist für mich das grosse Paradies in unserem Kanton», schwärmte Stocker. Die Volkswirtschaftsdirektion umfasst rund 900 Mitarbeiter und verfügt über ein Budgetvolumen von rund einer Milliarde Franken. Grundsätzlich ist sie für die Wirtschaft und den Verkehr zuständig. «Ich darf dabei feststellen, dass der ZVV als eine meiner Aufgabenbereiche in der Bevölkerung und auch in der Politik eine sehr hohe Akzeptanz geniesst», zeigte sich der gut gelaunte Magistrat erfreut. Anderseits zeichnen sich aber für den Wirtschaftskanton leicht düstere Wolken am Horizont ab, welche nicht spurlos an der Zürcher Volkswirtschaft vorbeiziehen werden. Die wirtschaftlichen Aussichten auf 2012 und die folgenden Jahre sind aber aus der Sicht von Stocker etwas entsprechend eingetrübt. Dem Banken- und Versicherungsbereich stehen schwierige Jahre der Umstrukturierung vor, was auch mit dem Abbau von Arbeitsplätzen im Hochlohnbereich verbunden sein wird. Anderseits zeigte er sich von vielen angesiedelten Unternehmen beeindruckt, welche die aktuelle Krise mit einem starken Franken meistern. «Leider muss ich aber auch hier feststellen, dass vermehrt grosse Betriebe nicht mehr regional angesiedelte Zulieferer berücksichtigen, sondern auf solche aus dem Euroraum ausweichen und so insbesondere das Klein- und Mittelgewerbe treffen. Sollte sich aber der Franken wieder auf ein verträgliches Niveau abschwächen, sieht Stocker grosse Chancen für die jetzt durch den starken Franken fit getrimmte Wirtschaft. Zum guten Wirtschaftsverlauf trägt gemäss Stocker aber auch die starke Binnenwirtschaft mit dem starken Bauboom bei.

Ernst Stocker stellte fest, dass die hohe Lebensqualität und das pulsierende Zentrum wichtige Trümpfe für die Zürcher Volkswirtschaft sind.

Hohe Lebensqualität gelobt

«Wir stellen im Kanton Zürich einen überdurchschnittlichen Bevölkerungszuwachs fest, was sicher teilweise auf die hohe Lebensqualität zurückzuführen ist», hielt Stocker weiter fest. So sind 2011 die Hälfte aller in der Schweiz erstellten Wohnungen im Kanton Zürich gebaut worden. Dies ist nicht auch zuletzt auf die grosse Einwanderung von aussen zurückzuführen, wo sich gemäss Stocker jeder dritte in die Schweiz eingewanderte Ausländer im Kanton Zürich niedergelassen hat. Die Schattenseite dieser Entwicklung ist der steigende Verkehrsfluss. «In der Verkehrspolitik und bei Verkehrsfragen verstehe ich manchmal die Welt nicht mehr, wenn man im Kantonsrat Voten hört, welche sich mit dem Verkehr befassen», hielt Stocker weiter fest. Er setzte sich auch für das in der Schweiz auf allen Stufen gelebte und praktizierte Kollegialsystem ein. «So gemeinsam getroffene Entscheide bringen alle weiter, weil man sich an die Spielregeln dieses Systems hält», zeigte sich der Volkswirtschaftsdirektor überzeugt. Gleichzeitig appellierte er an die Partei, sich weiterhin auf eine starke Sachpolitik zu setzen. «Ich darf dabei auf eine sehr gute und auch offene Zusammenarbeit in der Fraktion zählen», so Stocker. Gern erinnert sich Stocker an ein Treffen mit dem bayrischen Wirtschaftsminister zurück. «Er hat sich bei mir erkundigt, was ich vorgängig beruflich gemacht habe. Nachdem er etwas ungläubig zur Kenntnis nehmen musste, dass er aktiver Landwirt war, verwies er auf seine deutschen Kollegen, welche er als Saalpolitiker bezeichnete. Diese kommen im Gebärsaal auf die Welt, studieren anschliessend im Hörsaal und landen schlussendlich im Ratssaal», so Stocker abschliessend.

LESERBRIEFE

Die Wirtschaftsflüchtlinge und die Sozialindustrie haben Freude an Sommaruga

Asylanwälte ziehen alle Register, damit ihre Klienten bleiben dürfen
Tages-Anzeiger vom 26. Januar 2012, Patrick Feuz, Bern

Das Thema «Asylunwesen» ist in unserem Land in aller Munde. Periodisch werden neue Höchststände von Asylgesuchen vermeldet. Hut ab, dass sich der «Tages-Anzeiger» dem brennenden Thema dermassen ausführlich gewidmet hat. Im erwähnten Artikel wird zum einen die Komplexität des Asylwesens und zum andern aber auch der ungeheuerliche Missbrauch, der geradezu industriell umgesetzt wird, aufgezeigt. Anwälte, Psychologen, Ärzte, Dolmetscher und selbst ernannte Migrationsexperten verdienen sich hinter der Maske von «Gutmenschen» sündhaft viel Geld. Diesen Leuten sind besonders die renitenten Migranten aus Nordafrika daher hochwillkommen.

Und was macht die Politik, bzw. das zuständige Bundesamt für Migration? Von den Hauptprotagonisten Bundesrätin Sommaruga als Vorsteherin des Justiz- und Polizeidepartementes und von Vertretern des Bundesamtes für Migration hört man eigentlich nur, was in unserem Lande alle wissen: Die Asylverfahren gehen viel zu lang. Und die zukünftige Lösung unserer Justizministerin: Schaffung von bundeseigenen Verfahrenszentren – was allerdings mehrere Jahre benötigt – und zu Beginn eines Asylverfahrens soll neu ein Gesundheitscheck beim Asylanten durchgeführt werden. Zudem ist ihm kostenlos ein Rechtsvertreter «auf den langen Weg» mitzugeben. Was haben diese Massnahmen mit Beschleunigung des Verfahrens zu tun? Als Bürger dieses Landes bin ich entsetzt über die unvorbereitete und daher konzeptlose, ja fahrlässige Schwerpunktsetzung unserer zuständigen Bundesrätin zur Lage im Asylwesen. Anstatt dass unsere Regierung darauf pocht, zumindest die bestehenden Asylgesetze rasch und kompromisslos umzusetzen, werden neue Projekte ohne verbindliche Fristen präsentiert. Die Asylanten, die notabene zum grössten Teil unter Wirtschaftsflüchtlinge einzuordnen sind, aber auch die eingangs erwähnte Sozialindustrie haben zweifellos grosse Freude an Sommaruga. Wohltuend, dass sich vom Asylwesen massiv betroffene Gemeinden mit Herzblut gegen die vermeidbaren Missstände wehren.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

BVK: Stiftungsratswahl schnellstmöglich

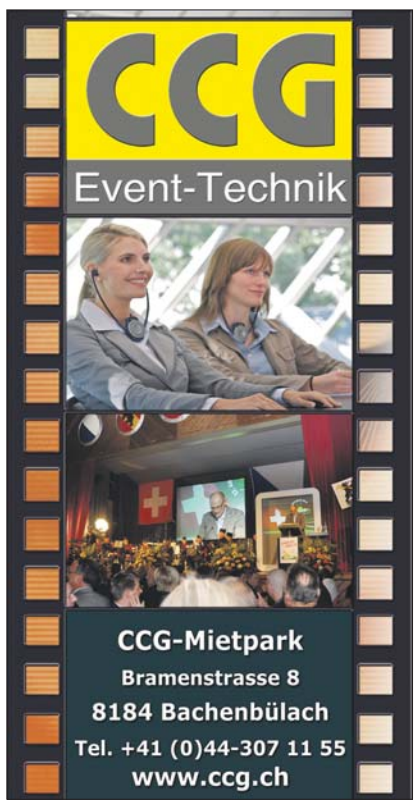
Geradezu unverständlich: Der Kantonsrat, der Regierungsrat, die Finanzdirektion, die Verwaltungskommission, der Experte für berufliche Vorsorge, das Investment Committee, der Anlageausschuss der Verwaltungskommission, die Geschäftsleitung der BVK, die Finanzkontrolle und die Kontrollstelle für die Vermögensanlage, all diese Organe sind im Moment formell zuständig für die BVK Personalvorsorgekasse des Kantons Zürich. Es liegt auf der Hand, dass bei so einer Führung die Schuld immer dem anderen zugeschoben wird! Niemand sieht sich in der direkten Verantwortung. Dieser Missstand muss mit der vorgesehenen Verselbständigung der BVK in eine Stiftung dringend behoben werden. Es geht um die Wirkung auf die Verantwortung, die schnellstmöglich her muss, nicht erst wie vom Bund vorgeschrieben aufs Jahr 2014, sondern sofort. Die Wahl des Stiftungsrates ist umgehend vorzunehmen unter Berücksichtigung der angeschlossenen Gemeinden. Dieses paritätisch bestellte Führungsorgan kann und wird die Bedingungen für die Überführung der Kasse in eine Stiftung unmittelbar benennen können, und zwar ganz sachlich. Durch klare Regelungen wird der unabhängige Stiftungsrat glaubwürdig und verantwortlich und dies kann meines Erachtens gar helfen, das unnötige Abspringen von Gemeinden aus der BVK zu vermeiden. Der Stiftungsrat macht auch das aufwändige Führungsgebilde BVK überflüssig, was dem Kanton Zeit und Geld sparen wird.

Diego Bonato, Aesch ZH

Wertezerfall im Schweizerland

Mit grossem Interesse las ich den Artikel der Albisgüetlirede von Christoph Blocher. Das ganze Szenario von Hildebrand verfolgte ich in den Tageszeitungen seit der Veröffentlichung und nervte mich über die undifferenzierte Berichterstattung. Selbst im Staatsfernsehen vermisste ich die objektive Berichterstattung und stellte Widersprüche und falsche Aussagen (im Vergleich zur Blocherrede) fest. Uneingeschränktes Lob für den höchsten Banker, obwohl bereits bekannt, dass er private Spekulationsgeschäfte tätigte. Ebenfalls im Schweizerfernsehen die trübliche Sendung von Schawinski. Der Altachtundsechziger lädt seinen Kollegen Köppel zum Talk ein. Was der Fernsehzuschauer zu sehen bekam, war unter aller Kritik. Köppel reagierte sehr ruhig und clever, die Glaubwürdigkeit lag auf seiner Seite; das Charakterliche sowieso. Warum schreibe ich das alles! Jetzt wird eine GPK ins Land gerufen, welche die Zeit vom Nachrichtenbringer Blocher an Calmy-Rey bis zum Rücktritt Hildebrands untersuchen soll. Budgetierte Zeit: ca. 1 Jahr! Mit dieser Kosmetik ist der Ursachenbekämpfung «Filz auf höchster Ebene» nicht Genüge getan. Eine PUK ist dringend nötig. Dennoch wäre interessant, nach Beendigung des GPK-Berichtes ein Vergleich mit dem Blocherbericht zu erstellen. Sobald die Terminologie von der GPK verifiziert (!) ist, könnten die entsprechenden Zeitungsartikel der NZZ / Tagi / Blick / Weltwoche verglichen und gegenübergestellt werden. Würde mich nicht wundern, wenn die sogenannten unabhängigen Zeitungen und SF dieses Adjektiv in Zukunft weglassen oder ersetzen sollten. Ich jedenfalls bin stolz zu wissen, dass doch ein beträchtlicher Teil des Schweizervolkes genau hinschaut und die Kunst, Nein zu sagen, sinnvoll anwendet. Zum Schluss noch ein nicht ganz ernst gemeinter Vorschlag. Lassen wir im Namen des Volkes oder für alle höchsten Beamten und Politcracks (Parlamentarier/Bundesräte) nebst den beruflichen Qualifikationen auch die Charaktereignungsprüfung einfliessen. Noch etwas: Tauschen wir die Namen Hildebrand mit Blocher, wäre die Berichterstattung in den Medien dieselbe?

Karl Brun, Oberrieden



Wir kaufen
Mehrfamilienhäuser, Abbruchobjekte, Bauland und Villen
Angebote an: Konrad Gadient, Postfach 311, 8501 Frauenfeld
052 720 34 35 – 079 207 49 80, konrad.gadient@bluewin.ch

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen
Pneuhaus Schaufelberger
Fabrikstrasse 3, 8340 Hinwil
044 937 43 91

Öffentliche Podiumsveranstaltung
zur kant. Abstimmung vom 11. März
Rechtsanspruch für Ausländer auf Einbürgerung?

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes
SP Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Es diskutieren:
KR Julia Gerber Rüegg, SP
KR Gregor Rutz, SVP

Moderation: Zürichsee-Zeitung

Die Veranstaltung findet wie folgt statt:
Mittwoch, 8. Februar 2012, 20.15 Uhr
Türöffnung ab 19.15 Uhr
Horgen, katholisches Pfarreizentrum, Burghaldenstrasse 7

VOM LEBEN AUF DEM INSELSTAAT

Augenschein in Taiwan (Republik China)

Über die Jahreswende bereiste eine kleine Schweizer Parlamentariergruppe Taiwan. Nationalrat Hans Fehr berichtet in einer zweiteiligen Serie über kulturelle und politische Hintergründe und das vielseitige Leben der Bevölkerung des Inselstaates. Zudem werden die Beziehungen zwischen Taiwan und der Schweiz beleuchtet.

HANS FEHR
NATIONALRAT SVP
EGLISAU

Taipeh um die Jahreswende. Sind wir Zeuge einer Invasion vom Mars? Ganze Rudel von Motorradfahrern auf kleinen, schnellen Töffs (Motoscooters) rollen durch die Strassen der taiwanischen 2,6-Millionen-Hauptstadt Taipeh. Anders kämen die Leute im dichten Stadtverkehr kaum voran. An den Rotlichtern sammeln sich die Rudel jeweils wohlgeordnet und diszipliniert vor den Autos. Nach dem Sekunden-Countdown, der auf den Ampeln angezeigt wird, preschen sie davon, bis zur nächsten Ampel und schliesslich zum Arbeitsplatz. Dort, vor den Geschäftshäusern, Fabriken, Banken oder Restaurants stehen die «Töffli» dann zu Hunderten wohlgeordnet in Reih und Glied, bis ihre Besitzer nach getaner Arbeit wieder wegfahren.

23 Millionen Einwohner mit 15 Millionen Motorrollern leben auf der nur 36 000 Quadratkilometern grossen Insel Taiwan (früher Formosa, die «schöne Insel» genannt). Zum Vergleich: In unserer wahrlich dicht besiedelten Schweiz leben bekanntlich knapp 8 Millionen Einwohner auf 41 000 km^2. Die enorme Bevölkerungsdichte Taiwans hat auch historisch-politische Gründe. Nach dem Sturz der Qing-Dynastie (Taiwan war seit 1895 eine Provinz dieses Kaiserreichs) wurde 1911 unter Führung des legendären Dr. Sun Yat-sen die Republik China auf dem chinesischen Festland gegründet. Nach dem Ende der japanischen Besatzung und dem Bürgerkrieg von 1948/49, der mit dem Sieg der Kommunisten unter Mao Tse-tung endete, zog sich der legendäre Generalissimus Chiang Kai-shek mit rund zwei Millionen Mitkämpfern und Flüchtlingen nach Taiwan zurück. Später hat sich – im Gegensatz zur heute 1,3 Milliarden Einwohner zählenden Volksrepublik China – in Taiwan eine moderne Demokratie entwickelt.

Mit berechtigtem Stolz zeigen die Taiwaner unserer kleinen Besuchergruppe aus der Schweiz ihr schönes Land, ihre zahlreichen Hightech-Errungenschaften und ihre historischen Monumente. Nach dem Besuch beim Presse- und Informationsamt besichtigen wir die monumentale Chiang-Kai-shek-Gedächtnishalle und erleben eine halbstündige Wachablösung, die sich durch eine unglaubliche, fast übermenschliche Präzision auszeichnet. Beim wunderschönen Longshan-Tempel huldigen Hunderte von Leuten, darunter auffallend viele Jugendliche und Schüler, mit Räucherstäbchen, Opfergaben und Gebeten der Göttin Guanyin, der Meeresgöttin Mazu und weiteren Gottheiten im buddhistisch-daoistisch geprägten Land. Warum so viele Schüler? Am folgenden Tag finden an vielen Schulen Prüfungen statt, und die Schüler bitten die «zuständige» Göttin um gute Noten. Denn gute Noten sind in Taiwan ein Muss. Ein seit Langem ansässiger Schweizer erzählt uns, dass viele Schüler oft bis in die Nacht hinein büffeln – «und wenn ihnen die Augen zuzufallen drohen, werden sie von ihren Eltern mit gekühlten Lappen auf der Stirn wachgehalten».

Taipeh 101: ein 508 Meter hohes erdbebensicheres Wunderwerk.

«Taipeh 101» (one-0-one), ein bambusrohrartig aufgebauter Wolkenkratzer mit 101 Stockwerken, Finanzzentrum und bis vor einigen Jahren mit 508 Metern das höchste Bauwerk der Welt, ist das Nonplusultra von Taipeh. 380 tragende Pfeiler, die 80 Meter tief im Boden verankert sind, bilden das Fundament. Acht mehrere Meter dicke Stahl-/Betonpfeiler und 28 kleinere Pfeiler, hart wie Fels und zugleich elastisch wie Bambus, bilden das tragende Gerippe des technischen Wunderwerks. Um die Sicherheit bei den häufigen Erdbeben zusätzlich zu gewährleisten, ist im 88./89. Stockwerk eine 660 Tonnen schwere Stahlkugel aufgehängt, welche den Schwingungen des Riesenbauwerks entgegenwirkt und diese dämpft. «Das Bauwerk würde aufgrund der technischen Daten auch das stärkste Erdbeben der vergangenen 2500 Jahre aushalten», sagt Herr Wang, unser Führer, mit Stolz. Auch bei einem völligen Ausfall der Energieversorgung würden die Notstromgeneratoren sofort alle Funktionen sicherstellen. Die Lifte befördern die Besucher in 37 Sekunden auf die Aussichtsplattform auf rund 400 Meter Höhe, wo man eine einzigartige Rundsicht über Taipeh geniesst. Der «one-0-one»-Tower ist darum in den Augen der Taiwaner das nationale Wunderwerk schlechthin.

Der **Hochgeschwindigkeitszug,** der uns von Taipeh in den Süden führt, «schwebt» in der Regel mit 300 Stundenkilometern dahin und erreicht eine Spitze von 350 km/h. Er hält an den grossen Bahnhöfen auf den Zentimeter genau, sodass sich die Leute auf dem Bahnsteig genau auf der Höhe ihrer reservierten Plätze aufstellen können. Und auf die Sekunde genau setzt sich der Zug wieder in Bewegung. In den bequemen Fauteuils werden von freundlichen jungen Damen schon nach wenigen Minuten Gratisgetränke serviert. Draussen fliegen Reisfelder, Palmen-, Obst- und Gemüseplantagen, Fischzuchtteiche und unzählige Treibhäuser mit Spezialkulturen vorbei, dann folgen wieder kleinere und grössere Städte mit zahlreichen Hochhäusern – denn irgendwo müssen die 23 Millionen Taiwaner ja wohnen.

Der berühmte und wunderschöne **Sonne-Mond-See** (Sun Moon Lake) im Gebirge Zentraltaiwans erscheint bei wechselnden Lichtverhältnissen wie ein zartschimmerndes chinesisches Gemälde. Der See heisst so, weil seine Form den chinesischen Schriftzeichen für Sonne und Mond gleicht. Auf dem Kursschiff, das uns am Sylvestertag herumführt, herrscht trotz Massen von Leuten kaum ein Gedränge – die Leute gehen auch hier diszipliniert und zuvorkommend miteinander um. Unablässig erzählt der Kapitän Witze – oder was er dafür hält – und redet nach Auskunft unseres Führers pausenlos irgendwelches Zeug. Kaum einer hört hin, aber niemanden stört es. Am Anlegeort ist gerade ein Fest mit vielen Attraktionen im Gang. Mehrere hervorragende Musikkapellen, ausschliesslich junge Leute, spielen chinesische und internationale Werke. An einem Schreibstand zaubert ein Mann für uns wundervolle Schriftzeichen aufs Pergament. Der mir gewidmete Sinnspruch bedeutet in etwa «Die Ernte ist gut». Kein schlechtes Omen für 2012.

Weil Taiwan derart dicht besiedelt ist, legt man seit einiger Zeit grössten Wert auf die Erhaltung der Natur. 20 Prozent der Landfläche sind Nationalparks, von denen es eine ganze Anzahl mit Wander- und Velowegen, grossen Wäldern, seltenen Pflanzen und Tieren gibt. Zudem gedeiht in den tropischen bis alpinen Zonen Taiwans, vor allem im subtropischen Süden, eine unglaubliche Vielfalt an Früchten, so zum Beispiel die sehr saftigen und knackigen Wachsäpfel (Lianwu), die von November bis April überall angeboten werden. Bei Kenting im Süden nehmen wir am Neujahrstag ein herrliches Bad im Meer; die Kernkraftwerke ein paar Kilometer ausserhalb stören hier niemanden.

Taiwan lebt vor allem von der Hightech-Industrie, die mit aller Kraft vorangetrieben wird. Mit grossem Stolz werden uns die neuesten Wirtschafts- und Exportzahlen präsentiert, die nach einem kurzen Einbruch wegen der weltweiten Finanz- und Schuldenkrise wieder stark angestiegen sind. Neben der Vielzahl von Klein- und Mittelbetrieben sind riesige Hightech-Parks (wie beispielsweise in Hsinchu) entstanden, wo Synergien für die gemeinsame Forschung und die Produktion sowie steuerliche Erleichterungen grosse Vorteile bringen. Die Unternehmenskultur gründet neben der freien Wirtschaft auch auf staatlichen Fördermassnahmen. Dies kommt auch bei unserem Besuch beim Rat für Wirtschaftliche Planung und Entwicklung, beim Vizevorsitzenden des Rates für Festlandchina und beim Mittagessen auf Einladung des Stellvertretenden Aussenministers klar zum Ausdruck. Und Taiwan ist damit erfolgreich.

Die Schweiz steht in Taiwan in hohem Ansehen. Immer wieder betonen unsere Gastgeber die Ähnlichkeiten zwischen beiden Ländern: ungefähr gleiche Landfläche mit mehr als der Hälfte Gebirge, wenig Bodenschätze, fleissige Leute, gute Produkte, demokratische Struktur. Taiwan ist am Ausbau der gegenseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sehr interessiert. Das zeigt sich auch bei unserem Besuch des Schweizerischen Handelsbüros (Trade Office of Swiss Industries TOSI) in Taipeh, das 1982 gegründet wurde und Schweizer Geschäftsinteressen in Taiwan vertritt. Vom sehr versierten Jost Feer, Direktor des Handelsbüros, der seit 1986 in Taipeh tätig ist, und von einigen erfolgreichen Schweizer Geschäftsleuten erfahren wir, dass sich die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern gut entwickelt haben. Rund 120 Schweizer Firmen haben sich bisher in Taiwan niedergelassen. Die Exporte aus der Schweiz haben von 1179 Millionen Franken im Jahre 2002 auf 1535 Millionen Franken (2010) zugenommen. Wichtig sind vor allem Pharmaprodukte, Maschinen und Apparate sowie Uhren. Die Schweizer Investitionen in Taiwan beliefen sich 2010 auf rund 635 Millionen US-Dollar. Die Wirtschaftsbeziehungen sind selbstverständlich noch stark ausbaufähig.

Die ausgezeichneten Beziehungen zwischen den beiden Ländern werden auch bei unserem Treffen mit dem Stellvertretenden Aussenminister mehrfach betont.

Fortsetzung folgt in der Ausgabe Nr. 6 von nächster Woche.

Arbeitstagung der SVP Kanton Zürich

Die direkte Demokratie – ein gefährdetes Erfolgsmodell

Samstag, 17. März 2012, 08.30 Uhr bis zirka 12.30 Uhr
Restaurant Rössli, Kempttalstrasse 52, 8038 Illnau ZH

Der Föderalismus und die direkte Demokratie brachten der Schweiz Wohlstand, Frieden und politische Stabilität. Politische Entscheide sollen möglichst dezentral und direkt von den Bürgern gefällt werden. Dass die demokratischen Mitwirkungsrechte vom Gesetzgeber immer mehr eingeschränkt werden und die Gerichte zunehmend politische Entscheide fällen, ist eine bedenkliche Entwicklung. Was kann die SVP zur Stärkung der direkten Demokratie untenehmen? Wie funktioniert unser Staatssystem im Detail? Diskutieren Sie diese Fragen an unserer Arbeitstagung im Beisein hervorragender Referenten:

Programm

08.30 Uhr	Kaffee / Gipfeli
09.00 Uhr	Begrüssung / Einführung *Alfred Heer, Nationalrat, Präsident SVP Kanton Zürich*
	Was steht in einer Verfassung? – Wie sind die Staaten organisiert?
09.10 Uhr	Die Bundesverfassung und die Verfassung anderer Länder *Claudio Zanetti, lic. iur., Kantonsrat*
	Welche Rolle haben die Behörden? – Was dürfen die Behörden nicht tun?
09.30 Uhr	Die Rolle von Legislative und Exekutive in der direkten Demokratie *Christoph Mörgeli, Prof. Dr. phil., Nationalrat*
09.50 Uhr	Die Rolle der Gerichte in der direkten Demokratie *Peter Karlen, Dr. iur., Bundesrichter*
10.10 Uhr	Pause
	Wie können wir als Bürger im Staat mitwirken?
10.30 Uhr	Volksrechte auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene *Hans-Ueli Vogt, Prof. Dr. iur., Kantonsrat*
	Wo ist die direkte Demokratie in Gefahr?
10.50 Uhr	Völkerrecht, Schranken der Verfassungsrevision, Berufsparlament, Parteienfinanzierung: Direkte Demokratie und Milizsystem unter Druck *Gregor A. Rutz, lic. iur., Kantonsrat*
11.10 Uhr	Fragen/Diskussion: Was kann die SVP machen, um die direkte Demokratie zu stärken? *Alfred Heer, Nationalrat, Präsident SVP Kanton Zürich*
12.30 Uhr	Schlusswort / Ende der Tagung *Alfred Heer, Nationalrat, Präsident SVP Kanton Zürich*

Anmeldetalon für die Arbeitstagung vom Samstag, 17. März 2012

Name:	Vorname:
Strasse:	PLZ, Ort:
Tel.:	E-Mail:

Bitte möglichst rasch zurücksenden an:
Sekretariat SVP des Kantons Zürich,
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf,
Fax 044 217 77 65 oder E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Fadegrad

Bunker sind nützlich

VON ROLF A. SIEGENTHALER

Diesmal lässt uns ein kleiner Artikel in der NZZ aufhorchen. «Pläne des Pentagons für den Mittleren Osten; Schwimmender Militärstützpunkt angestrebt» lautet der Titel. Es wird darüber berichtet, wie die Administration Obama ihre Operationen im Raum des Golfs von Arabien zu günstigeren Konditionen aufrechterhalten möchte. Der Betrieb der Flugzeugträgergruppen wird für die USA zu teuer. Ohne Präsenz auf den Weltmeeren aber, kann die grosse Insel ihre Kommunikationslinien auf den Gewässern nicht sichern. Alle Augen richten sich auf den Iran mit seinen sich vermutlich in Entwicklung befindenden Atomwaffen, den Irak mit seiner fragilen Sicherheitslage, die Entwicklung in Syrien und Jemen, Somalia usw. Aus dieser Weltgegend kommt nicht viel Gutes. Offenbar plant Präsident Obama, dem iranischen Atomprogramm mit einem Militärschlag den definitiven Garaus zu machen. Die USA hatten bisher darauf verzichtet, direkte Angriffe auf iranische Atomanlagen durchzuführen. Der einzige vergleichbare Angriff erfolgte im Jahr 1981 durch Israel, das den Kernreaktor Osirak aus der Luft zerstörte. Allerdings handelte es sich dabei um einen irakischen Reaktor, der in der Nähe von Bagdad oberirdisch gebaut, pikanterweise einer franko-irakischen Kooperation entsprungen war. Iran dürfte aus dieser Sache gelernt haben. Die iranischen Anlagen sind verbunkert. Und das ist der Teil der Information, der auch für die Schweiz interessant sein kann. Gegenwärtig scheinen die USA nämlich über keine konventionelle Bombe zu verfügen, mit der die unterirdischen Strukturen der iranischen Atomanlage zu durchschlagen wären. So sollen die Amerikaner einen bisher gesprochenen Entwicklungskredit von 330 Millionen Dollar um 82 Millionen Dollar aufgestockt haben. Dies mit dem Ziel, einen geeigneten Bombentyp zu entwickeln. Diese Nachricht ist in doppelter Hinsicht interessant. Einerseits scheinen Computerviren nicht gegen das iranische Atomprogramm zu fruchten. Immerhin setzte 2010 der Einsatz des Computerwurms «Stuxnet» das KKW Buschehr im Iran monatelang ausser Betrieb und andererseits ist es offensichtlich nicht einmal der stärksten Militärmacht der Welt ohne Weiteres möglich, die Bunkeranlagen problemlos aus der Luft zu zerstören. Die Schweiz hat gerade die meisten ihrer unterirdischen Militäranlagen ausser Betrieb gestellt. Als Begründung wurde angegeben, dass diese ohnehin gegen moderne Waffen nicht mehr bestehen könnten. Daneben hat die Schweiz heute selbstverständlich nicht vor, einen Krieg auszutragen, in dem Bunker notwendig wären. Trotzdem scheinen unterirdische Anlagen nicht so obsolet, wie bei uns in letzter Zeit allgemein verkündet. Neben konventionellen gibt es nukleare, bunkerbrechende Waffen. Noch ist offen, wie weit die USA gehen, um dem Iran den Bau einer Atombombe zu verwehren.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Fördermassnahmen für Schweizer

Am 21. März 2007 reichten zwei Gemeinderäte der SP eine Motion ein, mit der sie eine Ergänzung des Personalrechts für städtische Angestellte erwirken wollten. Konkret sollte der Artikel über die Grundsätze und Instrumente der Personalpolitik mit folgendem zusätzlichem Absatz versehen werden: «Die Stadt fördert bei Anstellungen und Personalentwicklung die Chancengleichheit von hier wohnhaften, ausländischen Personen und trifft Massnahmen für ihre berufliche Integration.»

ROLAND SCHECK
KANTONSRAT SVP
ZÜRICH 3

Der Stadtrat lehnte die Motion mit Beschluss vom 5. September 2007 ab und war auch nicht bereit, den Vorstoss in der Form eines Postulats entgegenzunehmen. Dies, weil die beantragte Ergänzung im bestehenden Personalrecht bereits abgedeckt war und deshalb eine Wiederholung darstellen würde. Zur Verdeutlichung: Die SP reichte also in Tat und Wahrheit eine Motion ein, mit der sie einen neuen Absatz lit. l im Personalrecht forderte, obwohl derselbe Inhalt bereits in einem anderen Absatz lit. k niedergeschrieben war. Nun, das kann ja mal passieren. Ein Fauxpas halt, etwas peinlich, doch könnte man sich dafür entschuldigen und die Motion zurückziehen. Aber weit gefehlt, doch nicht die Linken! Gutmenschen wollen schliesslich Gutes tun. Auch wenns niemandem etwas bringt.

Nahe dem Gusto der Motionäre

Am 11. November 2009 überwies die rot-grüne Mehrheit des Gemeinderats die Motion in folgender, geänderter Form an den Stadtrat: «Die Stadt fördert bei Anstellungen und Personalentwicklung die Chancengleichheit von hier wohnhaften ausländischen Personen sowie aller anderen Personen, die aufgrund der in lit. k aufgelisteten Kriterien benachteiligt sein könnten, und trifft Massnahmen für ihre berufliche Integration.» Zur Verdeutlichung: Nebst ausländischen Personen sollen neu auch «alle anderen Personen» gefördert werden, die «benachteiligt sein könnten».

Mit der Überweisung blieb dem Stadtrat nichts anderes übrig, als eine Teilrevision des Personalrechts vorzunehmen, und so beantragte er nun dem Gemeinderat, zwar weiterhin auf einen zusätzlichen redundanten Absatz lit. l zu verzichten, jedoch den bereits bestehenden Absatz lit. k, der ja den Forderungen der SP materiell längstens schon entsprach, etwas umzuformulieren. Der Satz gemäss lit. k hiess alt wie folgt: (Die Personalpolitik) «fördert bei Anstellungen und Personalentwicklung die Chancengleichheit von Personen, die aufgrund von Geschlecht, geschlechtlicher Orientierung, Herkunft, Staatsangehörigkeit, Sprache, Religion oder Behinderung benachteiligt sein könnten, und fördert die Toleranz und Akzeptanz gegenüber diesen Angestellten.» Laut Vorschlag des Stadtrats sollte der Absatz nun wie folgt umgeschrieben werden: (Die Personalpolitik) «fördert die Toleranz und Akzeptanz gegenüber Angestellten, die benachteiligt sein könnten, insbesondere aufgrund von Geschlecht, geschlechtlicher Orientierung, Herkunft, Staatsangehörigkeit, Sprache, Religion oder Behinderung, und fördert bei Anstellung und Personalentwicklung die Chancengleichheit dieser Personen.» Inhaltlich also keine Änderung, aber die neue Formulierung kommt wohl dem Gusto der Motionäre etwas näher. Doch die Ratslinke gab sich damit immer noch nicht zufrieden. Denn sie verabschiedete im Rahmen der vergangenen Ratssitzung doch tatsächlich nochmals eine weitere Anpassung des Textes. Die Formulierung «… aufgrund von Geschlecht, geschlechtlicher Orientierung …» wurde dabei durch folgende Passage ersetzt: «… aufgrund von Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität».

Eine Posse

Da staunt der Laie! Nach fünf Jahren «stämpfele» und «täubele» hat die Ratslinke ihren sinnfreien Vorstoss also doch noch durchgebracht. Dass aus der ursprünglichen Ausländer- und Integrationsmotion aber etwas ganz anderes herausgekommen ist, nämlich eine astreine Gender-Bestimmung, scheint dabei niemanden zu stören. Auch nicht, dass bislang noch nie ein solcher Problemfall im Personalwesen der Stadt Zürich verzeichnet worden ist. Eine Posse sondergleichen. Aber das kommt davon, wenn man Rot-Grün wählt. Oder ging der Schuss der selbstgefühlten Gutmenschen gar nach hinten los? «Eigentlich sollten wir uns jetzt alle bei den Linken und Grünen bedanken», bemerkte Roger Liebi sarkastisch. Denn laut diesem revidierten Personalrecht müsste die Stadt Zürich ab jetzt konsequent Schweizer und Protestanten fördern, denn diese Bevölkerungsgruppen stellen in Bezug auf ihre Herkunft und Religionszugehörigkeit inzwischen eine Minderheit in der Stadt Zürich dar.

EINLADUNG

zur Generalversammlung SVP der Stadt Winterthur
vom Samstag, 25. Februar 2012, 15.30 Uhr,
Restaurant Mabuhay, Ida-Sträuli-Strasse, 8409 Winterthur-Hegi

Führung 14 Uhr, Apéro 14.45 Uhr; GV 15.30 Uhr, Anmeldung erforderlich

Vor der Versammlung besichtigen wir die Baustelle des Mehrgenerationenhauses auf dem Areal der ehemaligen Giesserei in Hegi. Dabei handelt es sich um eine der grössten Holzbauten der Schweiz.

Traktanden:

1. Begrüssung / Wahl der Stimmenzähler	
2. Jahresbericht des Präsidenten	D. Oswald, Gemeinderat
3. Abnahme Jahresrechnung	Y. Senn, Kantonsrat
4. Budget 2012	Y. Senn, Kantonsrat
5. Festlegung Jahresbeitrag	Y. Senn, Kantonsrat
6. Wahlen	
7. Parolenfassung Bürgerrechtsgesetz	R. Isler, Kantonsrat
8. Information eidg. Vorlagen	N. Rickli, Jürg Stahl, Nationalräte
9. Genehmigung des Protokolls der GV vom 20. Januar 2011	
10. Verschiedenes	

Der Präsident
D. Oswald

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Unüberwindbare Hürden zum Organisieren eines Festes

GEMEINDERAT
MAURO TUENA
FRAKTIONSPRÄS. SVP
ZÜRICH 4/5

Einmal mehr «killt» die Stadt Zürich mit ihren immer komplizierteren und aufwendigeren Auflagen ein beliebtes Fest, diesmal das Langstrassenfest im Kreis 4. Zudem werden den Festverantwortlichen immer höhere Kosten für die Reinigung sowie das Entsorgen des Abfalls auferlegt. Gleiches beklagen auch andere Quartierfeste, so etwa die Veranstalter der Schwamendinger Chilbi. Die Hürden zum Organisieren eines Festes in einem Quartier in Zürich sind in den letzten Jahren nahezu unüberwindbar geworden. Schuld daran ist der stadtzürcherische Bürokratiedschungel innerhalb der Verwaltung.

Personen oder Gruppierungen, welche bei der Stadt Zürich legal um eine Bewilligung für ein Fest ersuchen, werden seitens Stadtverwaltung derart drangsaliert, dass das Organisieren einer legalen Veranstaltung nahezu unmöglich wird. Belohnt wird indessen, wer illegal eine Veranstaltung durchführt. So mussten etwa die Occupy-Leute auf dem Lindenhof weder eine Gebühr für die zurückgelassene Unordnung und das Entsorgen des Abfalls bezahlen, noch mussten sie irgendwelche Auflagen einhalten. Und dies mit Zustimmung des Stadtrates von Zürich.

Wo bleibt da die Gerechtigkeit? Die SVP der Stadt Zürich fordert den Stadtrat auf, die Bürokratie zum Organisieren eines Festes in den Quartieren auf ein Minimum zu reduzieren. Entsprechende parlamentarische Vorstösse sind hängig. Ebenfalls sind entsprechende Abgaben und Gebühren massiv nach unten anzupassen. Ändert der Stadtrat nichts an seiner jetzigen Praxis, wird es in Zukunft keine Quartierfeste mehr geben, welche aktive Personen in ihrer Freizeit organisieren.

Einladung zur traditionellen Lichtmess

Samstag 4. Februar 2012, 15.00 Uhr,
Ziegelhöchi, Schwamendingen

Mit den Referenten:
Markus Kägi, Regierungsrat
Ernst Stocker, Regierungsrat
sowie Mandatsträgern aus Zürich Nord und Stadt ZH

zum Thema:

«Die Zukunft und was uns bewegt»

Begrüssung / Moderation:
Christian Mettler, Kantonsrat, Kreisparteipräsident SVP 12

Auch **Sie** und alle Besucher haben die Gelegenheit, auf dem Schiit-Stock Ihre Meinung zu äussern.

Oberhalb Rest. Ziegelhütte, Hüttenkopfstrasse, 8051 Zürich (Tram Nr. 7 und 9 oder Bus Nr. 61, 62, 63 und 79 bis Schwamendingerplatz), **wenige Parkplätze vorhanden.**

Es singt für Sie: **Männerchor Schwamendingen**

Wir freuen uns auf Ihr Erscheinen.

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Kontradiktorische Podiumsdiskussion im Spirgarten Altstetten

organisiert von der SVP Kreispartei Zürich 9 zusammen mit der SP 9

Donnerstag, 9. Februar 2012, ab 19 Uhr
Seminarhotel Spirgarten, Lindenplatz 5, 8048 Zürich

Podium
Bürgerrechtsgesetz / Kantonsräte
Claudio Zanetti (SVP) vs. Thomas Marthaler (SP)
Strichplatz / Gemeinderäte
Sven Oliver Dogwiler (SVP) vs. Davy Graf (SP)

Moderation
Gemeinderat Urs Weiss (SVP)

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Kippanhänger «Krone», 2-Achs 2-Seitenkipper, Brücke 500 x 200 x 80 cm, Alu Aufsetzladen, hydr. Bremse, körnerdicht, guter Zustand, Nutzlast 5 t, Geamtgewicht 7 t, VB Fr. 5800.–. Telefon 052 202 66 06 oder 078 717 63 87.

Klauenpflegestände. Karl Berweger, Kappelerstr. 3, 8926 Uerzlikon, Tel. 044 764 13 25.

Demo-Traktoren: Same Iron 130, Same Iron 110 und Deutz Agrofarm 85. **Occ. New Holland 56–66,** 1480 Std., Jg. 97, Garantie. Hansruedi Staub, Dorfstr. 12, 8523 Hagenbuch, Tel. 052 364 27 64.

Güllenfass Fuchs, 4000 l, Fr. 2500.–; **Heugebläse Neueso,** 25 PS, Fr. 250.–, 079 660 06 04.

1 Stubenwagen, Fr. 25.–; **1 Kupferkessel,** Durchmesser 70 cm, Fr. 30.–, Tel. 044 980 06 17.

Tränkewagen, 1500 l mit Schwimmer-Trog, Fr. 1200.– sowie leicher **1-Achs-Anhänger,** Alubrücke 160 x 310 cm, ab Boden, ohne Bremsen, Tragkraft 2 Tonnen, Fr. 400.–, Tel. 076 349 40 57.

Teleskopverteiler, inkl. Steuerung, zirka 18 m, Fr. 200.– (muss selber demontiert werden). Tel. 079 404 32 36.

Vierradwagen Tanner, Alu, 10 m³, Fr. 5000.–; **Sämaschine** Nodet, 2,5 m, Fr. 800.–; **Düngerstreuer** Rauch, Fr. 300.–; **Rototiller** Rau, 2,5 m, Fr. 100.–; **2-Schar-Pflug** Kverneland, Fr. 700.–; **Ladewagen** Aladin, Fr. 100.–. Beat Egli, Linzberg 16, 8127 Forch, Telefon 044 918 15 42.

Occ. Herrenfahrrad Simplon, Typ Nimbus PRO, Rahmen 55 cm, Hydraulikbremsen, 27-Gang-Schaltung Shimano XT, gefederte Sattelstütze, div. Zubehör wie: Ständer, Gepäckträger, Combi usw. Neupreis Fr. 2664.–, Verkaufspreis Fr. 300.–. Ernst Brunner, Bisikonerstr. 38, Postfach 37, 8308 Illnau, Tel. 052 346 00 55.

Achtung!
Zahle **Höchstpreise**
für alle **Autos.**
Komme bei Ihnen vorbei.
044 822 26 11.

Hydraulische **Raps-Seiten-Schere,** Fr. 400.–, Tel. 079 641 48 89.

4 Sommerreifen (Jokohama), 175/65 auf 4-Loch-Stahlfelgen, neuwertig, Fr. 180.–; **Dachtraversen** zu Toyota Corolla, Fr. 20.–. G. Bosshard, Hofstr. 29, 8344 Bäretswil, Tel. 044 939 16 79.

Traktor Ford 2910, Jg. 85, MFK 2.2011, 5100 Betriebsstunden, Bereifung 9 x 36 und 12 x 32 zum Wechseln, VP Fr. 7500.–. Tel. 052 745 21 12 oder 079 567 83 11.

Spatenmaschine Farmax mit Krümler, 2,45 m, Motor-Hackrolle, 80% Eisen. Neupreis Fr. 26 000.–, Abgabepreis Fr. 12 000.–, speziell für Bio und Landschaftsgärtner. Ernst Müller, Hermikon, 8600 Dübendorf, Tel. 044 821 58 28.

Hyundai Santa Fe 2,7 V6, 55 000 km, Benzin bleifrei, Automat, Klimaanlage, Sitzheizung, Lederpolster, Allrad, Service fällig, Fr. 11 000.–. Tel. 079 370 55 69.

Strassenfahrzeugwaage, 18x3 m, 50 t/ 20 kg und 13x3x1 m. Überflurmontage. Garantie 3 Jahre. Lieferung zu unsern Lasten. Tel. 044 860 95 35

Heurüstmaschinen Kran- und Kleinmodelle El. **Heuschrotmesser** S+M mit Kabelrückzug, Tel. 079 678 81 49.

Abzugeben: **elektron. Geräte**, PC, TV, Video-Recorder etc. Freie Auswahl, Fr. 150.–, Tel. 079 354 41 11 (SMS)

Brennholz frisch & 1–2-jährig ab Waldstrasse Buchs ZH, Tel. 079 344 21 15.

Wickelkommode + Wickelkissen Höhe 90 cm, Breite 80 cm; **Treppe-Baby Sicherung,** Neu (90 cm – 100 cm); **Kinderwagen + Autositz** chicco Rot, Tel. 079 669 53 22.

Brückenwagen Holz 4,40 x 1,7 m; **Hochtunnel** 3 m, Tel. 079 297 91 57.

Gelegenheit zu verkaufen, **Traktor Steyer** 9100M mit Frontladen + Ballensange, Fronthydraulik inkl. Zapfwelle, Doppelbereitung, Topzustand. Tel. 079 416 48 62.

Baumnussöl kaltgepresst, filtriert. 5 dl Fr. 30.–, Toni Hagnauer, Usterstr. 5, 8607 Seegräben, Tel. 044 932 20 91.

88 **Eternitplatten** 2,5 m², 20 Platten 2 m², 8-jährig inkl. Schrauben, Tel. 079 436 25 22.

Fütterungswagen Rotofeed-Trumag, für Siolballen u. Fahrsilo geeignet, neuwärtig; **Schneidschaufel,** Shelbourne SB200, für Fahrsiloentnahme, neuwertig. G. Illi, Tel. 044 836 52 54.

Radlader Klamer Allrad, Div. Typen. **Bagger** Neuson 5 t Yanmar u. Ieubota usw., Tel. 079 335 15 35, www.Lang-Baumaschinen.ch

Mercedes-Benz B170 gebraucht 1. Inv. 06.2007, 85 000 km, silbermet. ab MFK + Service, Gar. Tausch-/Teilz. möglich. www.autofrieden.ch

ZU KAUFEN GESUCHT

Vom Landwirt für Landwirt zu kaufen gesucht: **Traktor,** Allrad, zirka 80 PS, zirka 4000 Std., Tel. 079 207 83 15.

Kaufe ihr versilbertes Besteck, kg Fr. 6.50, auch gerne 800.00 und 925.00 Silber, zahle bar. Verena Senn, Telefon 078 736 68 37.

Suche alles, was mit alten Vespas zu tun hat. **Vespas und Ersatzteile.** Bitte alles anbieten. Tel. 079 691 58 51.

ROB-Tiere, Kälber abgetränkt bis trächtige Rinder für die Mutterkuhhaltung, hornlos. Tel. 052 318 17 84.

Kaufe Briefmarken, Sammlungen und Nachlässe. Bin Sammler und mache faire Angebote, Tel. 079 430 77 51.

STELLEN

Landwirt/landwirtschaftlicher Mitarbeiter, Vollzeit. Erwartet wird selbstständiges und korrektes Arbeiten. 45 ha (10 ha Acker, Mutterkuh, Kleinballen, Maissaat, kommunale und Naturschutzarbeiten), im Säuliamt. Telefon 044 700 54 36.

DIENSTLEISTUNG

Ihr Fachmann für Baumpflege und Baumfällungen. Brandenberger Spezialholzerei AG, Tel. 052 301 27 63.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

Singen macht glücklich und frei. Gesangslehrerin in Zürich hilft! S. Peter, Tel. 044 201 64 06 oder 079 205 50 60.

ZU VERMIETEN

Ruhige, sonnige **1 Zi-Wohnung,** Küche mit viel Stauraum, ca. 40 m², Kachelofen, Zentralheizung, Sitzplatz, Parkplatz, 1 km vom ÖV, 600.– inkl., T. Rüegg, Bliggenswilerstr. 47, 8494, Bauma, Tel. 052 386 13 42.

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

☐ zu verkaufen ☐ zu verschenken ☐ zu kaufen gesucht
☐ zu vermieten ☐ Freizeit/Kontakte ☐ _____

Anzahl der Erscheinungen _____ mal

Name _____
Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon _____
E-Mail _____

Einsenden an: **Stutz Druck AG,** «Zürcher Bauer/Zürcher Bote», Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis.

Insel ELBA grosszügiger Bungalow, 5000 m² Umschwung, Wohnzi. 50 m², 3 Doppelzimmer, Bad, Dusche, 2WC, Doppelgarage, Hund darf mit. Huber 044 915 24 28, 079 357 80 34, www.ferienhaus-elba.ch, und Sie wissen mehr.

Scheune als **Lagerraum** im Rafzerfeld, ZH Unterland, Tel. 079 629 60 89.

Pferdeboxe für Pony zu vermieten auf Bauernhof, günstige Boxe für Pony. Täglicher Weidegang, Fütterung und Entmistung inkl., Preis: Fr. 300.–. Tel. 044 844 20 23 oder 079 609 49 90

IMMO – ZU VERKAUFEN

Solides Investment im Cariboo, British-Columbia, Kanada, sehr **schönes Blockhaus,** 230 m² Wohnfläche, 150 m² ausgebauter Keller, Grundstück 4,5 ha, super moderne Miele-Küche, Fr. 440 000.–. www.property.guys.com, 2549 Rose Drive, Nr. 68 500.

3,5-Zimmer-Maisonette-Wohnung zu verkaufen in Obersaxen-Misanenga, Nähe Skilift und neuem Freizeitpark, gepflegt und sehr gut erhalten mit 2 Badezimmern/WC, Cheminée und Garage. Kontakt: Tel. 079 421 32 77.

23.–26. Februar 2012
St.Gallen

12. Internationale Fachmesse für Nutztierhaltung, landwirtschaftliche Produktion, Spezialkulturen und Landtechnik

Tier & Technik

Messeangebot
– Nutztierhaltung, Tierzucht
– Landwirtschaftliche Architektur
– Hof- und Stalleinrichtungen
– Futterkreislauf
– Milchproduktion
– Fleischproduktion
– Reb-, Obst- und Gemüsebau, Spezialkulturen
– Produktion von erneuerbarer Energie
– Biolandbau
– Tierausstellung (Milchvieh, Fleischrassen, Mastschweine, Schafe, Ziegen, Geflügel)

Sonderschauen/Sonderthemen
– «Biolandbau hat Zukunft», Halle 9.1.2
– «Genomische Selektion», Halle 9.0
– «Energie – Energieeffizienz»
– «Forschung macht wettbewerbsfähig»: Kurzdemonstrationen von Agroscope-Fachleuten, Halle 3.1

Musig a de Mäss und Erlebnisbar
– «Stobete» im Restaurant Moststube (Halle 5) am Samstag, 25. Februar 2012 ab 16 Uhr
– Erlebnisbar «Red Pull», Halle 1.1

www.tierundtechnik.ch >OnlineTicket
– Öffnungszeiten: 9 –17 Uhr
– Ermässigte SBB RailAway-Angebote am Bahnhof: Bahn, Bus, Eintritt

Olma Messen St.Gallen

Aufgestelltes Team sucht Unterstützung. Unsere Bauunternehmung ist seit gut 20-Jahren im Hochbau tätig. Ein Schwerpunkt ist der Landwirtschaftsbau.

Maurer und Hilfsarbeiter
ab sofort

Voraussetzungen:

- Freude an der Arbeit auf dem Bau
- Führerschein Kat. B
- Eidg. Fähigkeitsausweis (nur für Maurer)
- Jahrgang 1972 - 1992

Bitte senden Sie ein komplettes Bewerbungsdossier an:

Bischoff & Wyss GmbH
Plattenstrasse 74
8335 Hittnau

Bischoff & Wyss Baugeschäft GmbH
Bauen mit Kompetenz, Qualität und Herz!

Wöchentlich neue Auswahl Rot- und Schwarzflecken
– Kühe 25 bis 45 Liter
– Rinder 26–36 Liter
z.B.: Erstmelk, 22 Liter, Fr. 1650.–
– 3 Aufzuchtrinder

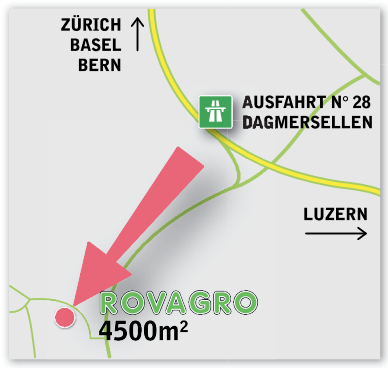
Kaufe Schlachtvieh zu Tagespreisen.

Bruno Stäheli
Viehhandel
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 93
Natel 079 633 07 69

NEU! Profi Markt in der Zentral-Schweiz

Nur 2 Minuten von der Autobahnausfahrt Dagmersellen entfernt

Besuchen Sie uns und profitieren Sie von **10% Rabatt** gegen Vorlage dieses Gutscheines bis zum 18.02.2012



Unterdorf 28
6246 Altishofen
T: 062 756 41 33
www.rovagro.ch

Der Partner des Tierzüchters seit 1985

ROVAGRO

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 6. Februar 2012, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Hinwil / Wetzikon
Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19:00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Seuzi-Kafi, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 10
Jeden zweiten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Guido's Restaurant, Alte Trotte, Limmattalstrasse 88, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen (am Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

Winterthur Altstadt, Veltheim, Mattenbach und Töss
Jeden letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Central, Wülflingerstrasse 5, Winterthur.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 12. März 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Schönegg, Hausen am Albis, Generalversammlung.

Bezirk Hinwil / Hinwil
Montag, 6. Februar 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Hinwil, Podium zum Bürgerrechtsgesetz mit Gregor Rutz (Kantonsrat SVP), Patrick Hächler (Kantonsrat CVP) und Max Homberger (Kantonsrat Grüne). Gesprächsleitung: Christian Müller, Chefredaktor Zürcher Oberländer.

Bezirk Horgen / Horgen
Mittwoch, 8. Februar 2012, 20.15 Uhr (Türöffnung ab 19.15 Uhr), kath. Pfarreizentrum, Burghaldenstrasse 7, Horgen, öffentliche Podiumsveranstaltung zur kantonalen Abstimmung vom 11. März 2012 «Rechtsanspruch für Ausländer auf Einbürgerung?» mit Gregor Rutz (Kantonrat SVP) und Julia Gerber Rüegg (Kantonsrätin SP). Moderation: Zürichsee-Zeitung.

Bezirk Meilen / Hombrechtikon
Dienstag, 14. Februar 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Arcade, im Zentrum 14, Hombrechtikon, Podiumsdiskussion zu folgenden Abstimmungsvorlagen vom 11. März 2012: «Ferieninitiative (eidg. Vorlage)» und «Bürgerrechtsgesetz/Gegenvorschlag (kant. Vorlage)». Unter der Leitung von Edgar Schuler, Tages-Anzeiger, stellen sich der Diskussion: Julia Gerber Rüegg, Kantonsrätin SP, Wädenswil; Hanspeter Göldi, Kantonsrat SP, Meilen; Hans-Peter Amrein, Kantonsrat SVP, Küsnacht, und Claudio Zanetti, Kantonsrat SVP, Zollikon. Anschliessend an die Veranstaltung werden ein Imbiss und Getränke offeriert.

Bezirk Meilen / SVP und SP Zollikon
Donnerstag, 9. Februar 2012, 20.00 Uhr, Gemeindesaal, Zollikon, Podium zur Abstimmung über das «Bürgerrechtsgesetz und den Gegenvorschlag». Teilnehmer: Katharina Kull-Benz, Zollikon, Kantonsrätin FDP, Gemeindepräsidentin; Ornella Ferro, Uster, Kantonsrätin Grüne; Martin Näf, Zürich, Nationalrat und Kantonsrat SP, und Gregor A. Rutz, Küsnacht, Kantonsrat SVP. Gesprächsleitung: Dorothee Vögeli, Redaktorin NZZ.

Stadt Zürich / Kreis 7 und 8
Samstag, 4. Februar 2012, 10.00–12.00 Uhr, Zentrum Witikon, Standaktion. Veranstalter: Gemeinderat Urs Fehr, Präsident Kreis 7.

Donnerstag, 9. Februar 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Neubühl (Irchel), Podiumsdiskussion mit dem Kreis 6 zum Thema «Steuergelder für Sexboxen. Veranstalter: Gemeinderat Urs Fehr, Präsident Kreis 7.

Samstag, 11. Februar 2012, 10.00–12.00 Uhr, an der Höschgasse. Veranstalter: Gemeinderat Urs Fehr, Präsident Kreis 7.

Samstag, 25. Februar 2012, 10.00–12.00 Uhr, Zentrum Witikon, Standaktion. Veranstalter: Gemeinderat Urs Fehr, Präsident Kreis 7.

Dienstag, 13. März 2012, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Mitgliederversammlung. Veranstalter: Gemeinderat Urs Fehr, Präsident Kreis 7.

Stadt Zürich / Kreis 12
Samstag, 4. Februar 2012, 15.00 Uhr, Ziegelhöchi, oberhalb Restaurant Ziegelhütte, Hüttenkopfstrasse, Zürich (Tram Nr. 7 und 9 oder Bus Nr. 61, 62, 63 und 79 bis Schwamendingerplatz – wenige Parkplätze vorhanden), traditionelle Lichtmess mit den Referenten: Regierungsräte Markus Kägi und Ernst Stocker sowie Mandatsträger aus Zürich Nord und Stadt Zürich, zum Thema «Die Zukunft und was uns bewegt». Begrüssung/Moderation: Kantonsrat Christian Mettler, Kreisparteipräsident SVP 12. Es singt für Sie der Männerchor Schwamendingen. Verpflegung mit gratis Wurst und Getränk. Alle Besucher haben die Gelegenheit, auf dem Schiit-Stock ihre Meinung zu äussern.

Winterthur Stadt
Samstag, 25. Februar 2012, 15.30 Uhr, Restaurant Mabuhay, Ida-Sträuli-Strasse, Winterthur-Hegi, Generalversammlung. Führung 14.00 Uhr, Apéro 14.45 Uhr; Generalversammlung 15.30 Uhr. Vor der Versammlung besichtigen wir die Baustelle des Mehrgenerationenhauses auf dem Areal der ehemaligen Giesserei in Hegi. Dabei handelt es sich um eine der grössten Holzbauten der Schweiz. Anmeldung erforderlich bis Montag, 20. Februar 2012, an daniel.oswald@svp-winterthur.ch; per Telefon: 052 243 11 69 oder per Post: Daniel Oswald, Rümikerstrasse 3, 8409 Winterthur. Bitte Name, Vorname, Anzahl Personen, Teilnahme an der Führung und/oder Teilnahme an der Versammlung nicht vergessen!

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Donnerstag, 3. Mai 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Dienstag, 14. August 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 25. Oktober 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Dienstag, 29. Januar 2013, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 18. Februar 2012, 10.30–16.00 Uhr, Mehrzweckhalle Ruswil, Ruswil / LU, 12. Nationaler SVP-Jasscup, mit National- und Ständeräten der SVP, Modus: Schieber mit zugelostem Partner, 4 Passen à 12 Spiele, 1 Streichpasse, gewertet 36 Spiele. Kartenart: Französische und Deutschschweizer Karten. Preise: Viele attraktive und schöne Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein Präsent. Teilnahmegebühr: Fr. 30.– Jassgebühr ist an der Eingangskasse zu bezahlen, Fr. 25.– Mittagessen. Teilnehmer: Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen. Organisation: SVP Ruswil unter der Leitung von OK-Präsident Urs Meyer, Ruswil, und Nationalrat Felix Müri, Emmenbrücke.Türöffnung 9.00 Uhr, Parkplätze vorhanden. Anmeldung: Tel. 031 300 58 58, Mail: imobersteg@svp.ch, Anmeldetalon unter www.svp.ch

Freitag, 9. März 2012, 20.00 Uhr, Gemeindehaus, Brunnenhof 6, Ehrendingen AG, Referat «Politik aktuell» mit Diskussion von Nationalrat Hans Fehr, im Rahmen der Generalversammlung der SVP Ehrendingen.

Dienstag, 24. April 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Schiffli, Diepoldsau SG, Referat von Nationalrat Hans Fehr «Die SVP am Puls des Volkes» im Rahmen der Generalversammlung der SVP Diepoldsau.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 22. April 2012, **1. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 20. Mai 2012, **2. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 24. Juni 2012, **3. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 22. Juli 2012, **4. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 19. August 2012, **5. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 16. September 2012, **6. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Generalversammlung
Freitag, 27. April 2012, 12. ordentliche Generalversammlung. Nähere Angaben folgen.

Höcks
Dienstag, 8. Mai 2012, 19.30 Uhr, **1. Höck:** Nähere Angaben folgen.

Donnerstag, 7. Juni 2012, 19.30 Uhr, **2. Höck:** Nähere Angaben folgen.

Dienstag, 10. Juli 2012, 19.30 Uhr, **3. Höck.** Nähere Angaben folgen.

Donnerstag, 9. August 2012, 19.30 Uhr, **4. Höck:** Nähere Angaben folgen.

Dienstag, 11. September 2012, 19.30 Uhr, **5. Höck:** Nähere Angaben folgen.

Jahresschlusstreffen
Freitag, 12. Oktober 2012, Jahresschlusstreffen. Weitere Angaben folgen.

Sommerreise
Freitag, 3. August 2012, bis Sonntag, 5. August 2012, Sommerreise. Nähere Angaben folgen.

Swiss Moto
Freitag, 17. Februar 2012, 19.30 Uhr, Zürich-Oerlikon, Holiday Inn (vis-à-vis des Messezentrums), gemeinsames Nachtessen. Vorab individuelle Besichtigung der Zweirad-Swiss-Moto-Ausstellung in der Zürich Messe beim Hallenstadion.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote
ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
General-Wille-Strasse 147, Postfach,
8706 Feldmeilen
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

STÜTZPUNKT
AUNS Stützpunkt ZH

AUNS ASIN ASNI
Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz

Datum **Freitag 10. Februar 2012**

Zeit **18.30 Uhr**

Wo **Festhütte Altrüti Gossau ZH**
Parkplätze bei Festhütte vorhanden
Bushaltestelle «Altrüti»

Kosten **pro Person 35.–** (exkl. Getränke)

Anmeldung bis 6. Februar 2012 (siehe Talon)

Anmeldung für Fondue Abend

Name

Vorname

Telefon

Anzahl Personen

Einsenden an:
Rafael Wohlgemuth
Flurstrasse 9, 8302 Kloten
wohlgemuth@auns.ch
Tel: 078 905 01 13
Fax: 031 356 27 28